

PLUTUS

Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft u. Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man abonniert beim
Buchhandel, bei der Post und

Berlin, den 28. März 1914.

direkt beim Verlage
für 4,50 Mk. vierteljährlich.

Bibliothek

Sachverständige. Königsberger Handelshochschule

Auf dem Deutschen Handelstage ist wieder einmal die Frage der ungenügenden Vertretung von Handel und Industrie im Reichstag zur Sprache gekommen. Aber während in früheren Jahren derartige Diskussionen — namentlich noch die zuletzt vom Hansabund angeregte — wesentlich darauf abzielten, den industriellen und kaufmännischen Berufsständen eine Sicherung gegen das traditionelle agrarische Uebergewicht in den Parlamenten zu verschaffen, hatten die Ausführungen des Düsseldorfer Handelskammer-Syndikus Dr. Brand diesmal eine deutliche Spitze gegen die Sozialpolitik des deutschen Reichstages. Nicht mehr die Allgemeininteressen von Handel und Industrie, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gleichen Teilen umfassen, wurden als gefährdet hingestellt: die Klage galt vielmehr der Tatsache, daß das Unternehmertum nicht genügend geschützt sei gegen die Sucht der Abgeordneten, den Wählermassen zu gefallen. Es wurde nicht ausdrücklich gesagt, daß das demokratische Reichstagswahlrecht an der Misere die Schuld trage, aber die Deutsche Tageszeitung hat mit feinem Spürsinn der Rahe die Schelle umgehängt, indem sie als die selbstverständliche Konsequenz der Aktion des Handelstages die Forderung einer Aenderung des Reichstagswahlrechtes hinstellte. Denn wenn die Reichstagsabgeordneten der Masse zu gefallen suchen, so ist das doch nur die Folge davon, daß sie von der Masse gewählt werden. Und es ist ja doch kein Zufall, daß die Fraktionen aller Parteien im preussischen Abgeordnetenhaus für das ein klassengestuftes Wahlrecht gilt, sich wesentlich zahmer gebärden als die Fraktionen der gleichen Parteien im Reichstag.

Nun geht allerdings die Deutsche Tageszeitung zu weit, wenn sie aus dem Referat des

Deutschen Handelstages den Schluß zieht, daß nun auch Handel und Industrie allmählich gegen das Reichstagswahlrecht mobil gemacht werden. Denn der Deutsche Handelstag ist ja schon lange nicht mehr, wie sein Name immer noch glauben macht, eine Vertretung des deutschen Handels. Er bildet die Organisation der deutschen Handelskammern. Zu den Handelskammern gehört alles, was gesetzlich Kaufmann ist, also jeder Fabrikant, jede Aktiengesellschaft, jede Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Da nun außerdem das Wahlrecht der meisten Handelskorporationen ein plutokratisches ist, so kommt durch die Wahlen der Vertreter in den Handelskammerbezirken nur sehr gefärbt und filtriert die Ansicht der gesamten Industrie und noch viel filtrierter des Handels zum Ausdruck. Eine Handelskammer, wie die von Düsseldorf oder von Essen, verdient nun gar die Bezeichnung als Handelskammer überhaupt nicht mehr, und wenn der Syndikus der Düsseldorfer Handelskammer über Wahlfragen zu Wort kommt, so spricht er genau die gleichen Ansichten aus, wie sie in der Rheinisch-Westfälischen Schwerindustrie und in deren hauptsächlichster Organisation, dem Zentralverband deutscher Industrieller, zutage treten. Daraus darf man keine weitgehenden Schlüsse ziehen, aber immerhin ist ja die Tatsache nicht ganz ohne Bedeutung, daß an ein solches Referat sich nicht einmal der schüchternste Versuch einer Diskussion knüpfte. Nur läßt das eben eher einen Schluß auf die innere Umformung des Handelstages als auf eine allgemeine Aenderung der Anschauungen in den Handelskreisen zu.

Während man früher auch in den Reihen des Handelstages das Heil darin sah, daß mehr Vertreter von Handel und Industrie in den

Reichstag gewählt werden, so konnte diesmal Herr Dr. Brand erklären, damit sei dem Uebel gar keine Nothilfe getan. Das ist ganz folgerichtig. Wenn schon einmal die Parteien ihre Stellungnahme mit Rücksicht auf die Wähler suchen, so wird natürlich selbst ein starker kaufmännischer Einschlag daran nichts ändern können. Denn will der Kaufmann, der im Reichstag sitzt, wiedergewählt werden, so muß er sich eben der Meinung seiner Wähler anbequemen. Aber mir scheint, daß das Mittel, das zur Abhilfe vorgeschlagen wurde, auch nicht geeignet ist, in dem gewünschten Sinne zu wirken. Man hat verlangt, es sollten geeignete kaufmännische Sachverständige, die dem Reichstage nicht angehören, zu den Verhandlungen der Kommissionen hinzugezogen werden. Was wird denn aber dadurch geändert? Es ist schon nicht einmal anzunehmen, daß die Kommissionsbeschlüsse dadurch wesentlich beeinflusst werden, daß aber das Plenum des Reichstages sich durch solche Gutachterumstimmen läßt, ist ja doch auch vollkommen unwahrscheinlich, wenn eben die Wählermassen für die Abstimmung den Ausschlag geben.

Es liegt nun einmal eine innere Unlogik in der Forderung des Handelstages. Es wurde die Fiktion aufgestellt, daß bisher der Reichstag nicht genügend über die Wünsche des Unternehmertums informiert werde. Was nützt es aber, von dem schlechtunterrichteten Reichstag an einen besser zu unterrichtenden Reichstag zu appellieren, wenn man gleichzeitig selbst zugibt, daß die Abgeordneten auch gegen die beste Information handeln, weil es ihre Wähler so wollen? Außerdem war es gleichfalls unlogisch, den Reichstag anzugreifen, und (wie der Handelsminister beim Festmahl schmunzelnd konstatieren durfte) die vernünftige Regierung gegen den unvernünftigen Reichstag auszuspielen. Nach der Reichsverfassung können Gesetze im Reiche nur zustande kommen, wenn Reichstag und Bundesrat den Entwürfen zustimmen. Der Bundesrat hat es also stets in der Hand, das Zustandekommen jedes Gesetzes zu vereiteln. Er macht sich im Sinne des Handelstages mitschuldig, und schon aus dieser Mitschuld der verbündeten Regierungen des Deutschen Reiches geht hervor, daß doch wohl das demokratische Wahlrecht allein nicht das Grundübel sein kann.

Sowie man aber die Regierung mit in die Sache hineinzieht, ergibt sich auch sofort die Unrichtigkeit der Prämisse des Handelstages, der ja davon ausging, daß die Stimme von Sachverständigen nicht genügend gehört werde. Man kann der Regierung wirklich nicht vor-

werfen, daß sie schlechte Beziehungen zum Unternehmertum unterhielte. Gerade in den sozialpolitischen Fragen werden von ihr fortgesetzt Unternehmer als Sachverständige hinzugezogen. Aber wie liegt denn die Sache beim Reichstag? Man hat auf den Beratungen des Handelstages erklärt, die Beziehungen zwischen den Interessenten und den Abgeordneten seien vielfach recht unwürdig. Das ist bis zu einem gewissen Grade richtig. Man sehe sich doch einmal die Couloirs des Reichstages an Tagen an, an denen wichtige Gesetzentwürfe beraten werden. Da pflegt es von Syndicis der Handelskorporationen und der Interessentenverbände zu wimmeln, die mit Feuereifer die einzelnen Abgeordneten bearbeiten. Es ist ausgeschlossen (mag die Form auch manchmal unwürdig sein), daß die Abgeordneten über die Wünsche der Interessenten ununterrichtet bleiben. Es ist auch nicht richtig, daß die Petitionen und Eingaben nicht zur Kenntnis der Abgeordneten gelangen. In den Kommissionsberatungen spielen die Argumente solcher Eingaben eine erhebliche Rolle, und es bleibt wirklich nichts Wesentliches unberücksichtigt.

Die Wünsche des Deutschen Handelstages im besonderen und die der Interessenten im allgemeinen werden aber so, wie sie es gerne möchten, überhaupt nicht vom Reichstage berücksichtigt werden, denn jede Gesetzgebungsarbeit ist Kompromißwerk. Und deshalb wird es rechts und links immer Unzufriedene geben. Diese Unzufriedenheit wird in Deutschland immer weiter verbreitet als in andern Ländern sein, weil es bei uns nicht das Zweiparteiensystem gibt und weil wir eine geschlossene Mehrheit nach rechts oder links nicht besitzen. Es sind daher Gesetze immer nur in der Weise zur Annahme zu bringen, daß einmal die rechte und die linke Seite des Reichstages vom Zentrum Sukkurs erhält. Oder daß mindestens die Rechte oder die Linke sich spalten. Es muß aber weiter berücksichtigt werden, daß bei uns die Wünsche der Interessenten in einer Weise formuliert werden, die eine Berücksichtigung in vollem Umfange von vornherein unmöglich macht. Das liegt in der Natur der freien Interessentenverbände. Der Syndikus eines solchen Verbandes mag noch so vernünftig sein, er kann seine Mitglieder niemals ganz im Zaume halten. Jedes Mitglied will für sein Geld etwas sehen. Und jeder Verband läuft daher ständig Gefahr, an Beitragsarmut zu sterben, wenn er nicht auf alle möglichen Wünsche seiner Interessenten bei der Formulierung seiner Eingaben eingeht. Deswegen sind

bei der Wahrnehmung ihrer engeren Berufsinteressen diese Unternehmerverbände viel radikaler als z. B. die Verbände der Arbeiter. Denn diese sind durch ein gewisses Solidaritäts- und Klassengefühl zusammengehalten. Die Zugehörigkeit zu seinem Berufsverein wird dem Arbeiter durch seine Klassenethik befohlen. Der Austritt ist für ihn mit schweren materiellen und moralischen Nachteilen verbunden. Ein Äquivalent dafür besteht - im Unternehmertum nicht. Der Unternehmer wird nicht verfehmt, wenn er dem Interessentenverband den Rücken kehrt und schließlich findet er, wenn er sehr organisationsklüftern ist, bei der starken Konkurrenz der verschiedenen Vereine gegeneinander, immer noch irgendeine Gemeinschaft, die, um ihn einzufangen, selbst seine unsinnigsten Forderungen vertritt. Die einzigen Zwangsorganisationen von Handel und Industrie bilden die Handelskammern. Aus ihnen kann der Kaufmann selbst dann nicht austreten, wenn er ihre Stellungnahme aufs schärfste verurteilt. Hier ist aber der Zwang kein Vorteil, sondern ein Nachteil, denn weil die Handelskammern ihrer Mitglieder absolut sicher sind, können sie es wagen, die egoistische Politik großkapitalistischer Grüppchen als die Interessen des gesamten Kaufmannstandes auszugeben.

Man muß sich einmal klarmachen, wie enorm die Interessen innerhalb von Handel und Industrie divergieren. Die Schwerindustrie im Rheinland hat schon wesentlich andere Interessen als die Schwerindustrie in Schlesien. Zwischen den Interessen der thüringischen und sächsischen Textilindustriellen aber und der schweren Industrie des Rheinlandes klaffen so große Unterschiede, daß eine Ueberbrückung kaum noch möglich ist. Wenn man nun aber weiter bedenkt, welche Divergenz zwischen dem ostdeutschen Getreidehändler und dem Getreidehändler in Köln, Düsseldorf und Mannheim besteht, so fragt man sich doch, welche Sachverständigen nun eigentlich der Reichstagskommission oder dem Plenum des Reichstages als maßgebend gelten sollen. Freilich alle diese Differenzen werden kleiner, wenn es sich um reine Unternehmerfragen handelt. Gegenüber den Ansprüchen der Angestellten in bezug auf Lohn und Schutz bildet das Unternehmertum in Handel und Industrie jedenfalls eine geschlossenere Phalanx als im Kampf um die richtige Handelspolitik. Aber auch hier sind doch noch immer recht tiefgreifende Unterschiede vorhanden. Der reine Händler, der nicht mit Arbeitern, sondern mit Handlungsgehilfen zu rechnen hat, wird

in sozialpolitischen Fragen wesentlich anders gestimmt sein, als der Kapitalist, der Handarbeiter beschäftigt. Aber selbst in der Industrie wird die Stellung zu wichtigen Materien der Sozialpolitik sich im großen und ganzen doch auch danach richten, ob reine Exportinteressen vorliegen, denen gegenüber der Arbeiter lediglich als Unkostenerhöher in Frage kommt, oder ob die Eigenart des hergestellten und vertriebenen Fabrikates eine wesentliche Rücksichtnahme auf die Kaufkraft im inneren Markte erheischt. Auch da sehe ich keinen Maßstab für die Auswahl von Sachverständigen, der von allen Interessenten als richtig anerkannt wird.

Der Grundirrtum bei der Aufstellung all solcher Forderungen ist immer der, daß man glaubt, daß der Kaufmann und der Industrielle dadurch, daß er bestimmte Gegenstände vertreibt oder bestimmte Produkte herstellt, auch schon ein einwandfreier Sachverständiger wird. Das ist genau ein solcher Trugschluß, wie der oft gezogene, daß ein Menschenpaar kraft der Tatsache, daß es Kinder in die Welt gesetzt hat, auch schon geeignet sei, Kinder zu erziehen. Man kann ein vortreffliches Fabrikat herstellen und bei der Prüfung solcher Fabrikate in der Lage sein, ein sehr sachverständiges Urteil abzugeben, und man braucht deshalb von den wirtschaftlichen Existenzbedingungen der Branche und von dem Wesen der einzelnen Geschäftsformen innerhalb der Branche noch gar keine Ahnung zu haben. Zum Sachverständigen gehört die Weite des Blicks, der nicht bloß den eigenen Betrieb und seine Erfordernisse, sondern die Betriebe in sehr weitem Umkreise umfaßt. Mir fällt bei derartigen Diskussionen immer eine Mitteilung ein, die ich in jungen Jahren auf der berliner Universität in einem Kolleg von Prof. Jastrow hörte. Er schilderte die Vernehmung von Mühlenbesitzern vor der Kommission für Arbeiterstatistik über die Arbeitszeit der Müllergesellen. Sie wurden über Möglichkeiten einer Aenderung der Arbeitsordnung vernommen. Dabei erklärten einige, daß solche Aenderungen unbedingt ihren Ruin herbeiführen müßten. Diese „Sachverständigen“ wußten nicht, daß wenige Meilen von ihren Mühlen entfernt andere Müller sich bei jener Arbeitsordnung, die für sie ruinös sein sollte, außerordentlich wohlfühlten. Sie betrachteten die Zustände bei ihnen als die allein möglichen. Und so sehen leider sehr viele Unternehmer auch außerhalb des Müllereibetriebes in bezug auf ihre Sachverständigenqualitäten aus.

Berliner Kohlenhandel.

Von Dr. Hermann Zickert-Senzig

Der Industrie- und Wohnbezirk Großberlin ist von der Natur in der Versorgung mit Brennmaterial nicht so stiefmütterlich bedacht worden, wie es auf den ersten Blick erscheint, wenn man die Entfernung der Reichshauptstadt von den beiden großen deutschen Steinkohlenrevieren im Westen und im Osten in Betracht zieht. Der Nachteil der Entfernung wird dadurch sehr ausgeglichen, daß auf der anderen Seite Berlin im Mittelpunkte vieler Kohlengebiete gelegen und nicht auf die Versorgung aus einer Quelle angewiesen ist und damit der Gefahr entgeht, durch einen Monopolring der Produzenten dieses einen Gebietes ausgebeutet zu werden. Dank seiner Lage als Knotenpunkt der deutschen Eisenbahnen, dank seiner immer mehr ausgebauten Wasserstraßen ist Berlin mit seinem Riesenverbrauch an Brennmaterial ein begehrter Absatzplatz nicht nur für die Steinkohlenzechen in Westfalen und Oberschlesien. Die mitteldeutsche Braunkohlenindustrie ist infolge der kürzeren Entfernung von Berlin und der geringeren Transportkosten dahin recht wohl in der Lage, mit ihren Briketts den Steinkohlen in Berlin Konkurrenz zu machen, und hat sie aus der Versorgung für den Hausbrand zum größten Teil bereits verdrängt. Nach Berlin streben ferner die niederschlesischen Steinkohlengruben, und, was noch wichtiger ist, die billige Verbindung zu Wasser ermöglicht es auch ausländischen, ganz unabhängigen Kohlenproduzenten mit ihrem Erzeugnis in Wettbewerb zu treten. Die böhmischen Braunkohlen sind zwar aus Berlin immer mehr verschwunden. Dafür aber haben die britischen Kohlen, namentlich für die Versorgung der Gaswerke, eine steigende Bedeutung gewonnen und werden sie auch, besonders nach Eröffnung des Großschiffahrtsweges nach Stettin, in Zukunft behalten. Großberlin ist also in seiner Kohlenversorgung von keinem Revier abhängig und kann auf zahlreiche Produzenten zurückgreifen, so daß hier ein freier Wettbewerb vor allen anderen Städten vorhanden sein mußte.

Diesen freien Wettbewerb wird man aber im Berliner Kohlenhandel vergeblich suchen. Vielmehr ist gerade der Berliner Kohlenhandel trotz der außerordentlichen Vielheit der ihm angehörenden Existenzen in feste Form gegossen. Freier Wettbewerb ist hier gegenwärtig eine Mythe aus der Vorzeit. Der Verkauf der Brennmaterialien an die Verbraucher vollzieht sich zu mehr als neun Zehnteln nach einer ganz bestimmten Ordnung. Die Preise für den Einkauf von Kohle, Koks und Briketts, ebenso für den Zwischenhandel und für den Verkauf sind ganz genau festgelegt. Die Auswahl der dem Publikum zur Verfügung gestellten Marken ist genau umgrenzt, ebenso wie der Nutzen, mit dem der Zwischenhandel arbeitet. Wäre nicht die Schwankung im Verbrauch, der Kohlenhandel würde zu den festbefohlenen Stellungen gerechnet werden können. Daß eine so feste Ordnung Neuerungen und Ver-

besserungen in der Verkaufsorganisation ausschließt, versteht sich wohl von selbst. Die Kohlen, Briketts und Koks müssen von der Grube bis in den Ofen durch ein halbes Duzend Hände gehen, von denen jede ihre bestimmte Abgabe erhebt, in den meisten Fällen ohne nennenswerte Arbeit. Bei einer solchen Organisation ist es aber auch kein Wunder, wenn sich das Brennmaterial auf seinem langen Weg durch so viel Hände ganz gewaltig verteuert, wenn der Verbraucher, ohne die Frachtkosten zu rechnen, für seine Kohlen und seine Briketts im Kleinverkauf doppelt so viel und mehr bezahlen muß als die Ware aus der ersten Hand gekostet hat. Die Verteuerung des Brennmaterials durch den Handel bis um 100 % und darüber, bei einer Ware, die nur in sehr beschränktem Umfange der Verderbnis ausgesetzt ist, an einem Platze, der von Natur für den freien Wettbewerb wie geschaffen ist, stellt in der Wirtschaftsgeschichte eine ganz außergewöhnliche Erscheinung dar, und ist gerade in der Gegenwart nicht recht verständlich; denn auf allen Gebieten des Warenhandels hat sich sonst die Tendenz zur Verringerung der Aufkosten und des Gewinnes des Zwischenhandels mit großer Wucht bis zu einem bemerkenswerten Grade durchgesetzt.

Die abweichende Entwicklung des Berliner Kohlenhandels hat ihren Grund in den besonderen Verhältnissen dieses Geschäftszweiges. Die Zechen, Kokereien und Brikettwerke haben sich um den Kleinvertrieb ihrer Produktion wenig gekümmert. Die Hauptaufgabe der Werksleitungen ist die Produktion und nicht der Verkauf von Kohlen. Das meist aus Technikern bestehende Direktorium der Zechen war froh, wenn es die Produktion im ganzen an einen leistungsfähigen Kohlenhändler verkaufen konnte, der nun zusehen mußte, wie er mit der Abnahme und dem Weitervertrieb fertig wurde. Der Kohlenhändler lief auch das finanzielle Risiko bei seinen Abnehmern, Zwischenhändlern, Fabriken und anderen Unternehmungen, die nicht immer gleich den Kaufpreis auf den Tisch legten, sondern ihn manchmal überhaupt ganz zu bezahlen vergaßen. Der Kohlenhandel im großen war stets nur ein Geschäft für recht kapitalkräftige Personen, deren Gewinnchance aber auch nicht beschränkt war. Denn trotz allen Wettbewerbes unter den einzelnen Produzenten ist doch die Kohle von Natur ein Monopolprodukt. Der Wettbewerb kann sich immer nur auf einige Außenbezirke erstrecken. Zu jeder Grube gehört ein bestimmtes Revier von Fabriken und Gemeinden, die auf diese Grube angewiesen sind. Wie in der späteren Entwicklung der Konzentration es für jedes Kohlenrevier ein unbestrittenes Absatzgebiet gibt, so besteht für jede Grube ein Monopolrevier, in das die Konkurrenz nur mit Preisopfern eindringen kann. Dieses Monopolrevier ist die Domäne des Kohlen-großhandels, ob er nun von einer Privatfirma oder von einer Konvention oder von einem Syndikat aus-

geübt wird. In diesem Revier kann der Großhändler die Preise nach freiem Willen festsetzen. Er entschädigt sich hier durch hohe Preise für die Verluste bei seinen Abnehmern und die Konzessionen, die er bei dem Vertrieb der hier nicht verwendbaren Produktion in fernere Gebiete machen muß. Der einzige Kontrahent, mit dessen selbständigen Willen der Großhandel rechnen muß, ist die Zeche oder Grube selbst, und es ist nur natürlich, daß der kapitalkräftige Kohlenhandel Einfluß auf die Produzenten zu gewinnen suchte. Dies war sehr leicht durch die Befriedigung des Kapitalbedarfes der schon bestehenden Unternehmungen und durch Erwerb und Aufschließung von Kohlenfeldern. Die größten deutschen Kohlenhändler sind auf diese Weise die eigentlichen Besitzer der meisten und wichtigsten Kohlenwerke geworden und können diesen nun beim Abschluß der Lieferungsverträge ihren Willen diktieren. Nur da, wo die Entwicklung und der Kapitalbedarf der Zechen ins Riesenhafte ging, so daß er von keiner Privatseite mehr allein gedeckt werden konnte, in Rheinland-Westfalen, entschwand mit dem finanziellen Einfluß den Kohlenfirmen auch die Bestimmung über den Kohlenverkauf der Zechen, und das rheinisch-westfälische Kohlen Syndikatkehrte sich als Werkvereinigung bald gegen den Handel bis zu dessen Ausschaltung. Von dem letzten Vertreter des privaten Kohlen Großhandels in Rheinland-Westfalen, von Hugo Stinnes, droht dem Syndikat deshalb bei seiner Erneuerung auch die schwerste Gefahr. Doch ist die Kapitalmacht der Werke gerade in den letzten Jahren unvergleichlich größer als die des selbständigen Handels geworden. Ist doch gerade in den letzten Monaten eine große Anzahl der mittleren, selbständigen Kohlenhandelsfirmen am Rhein in den Besitz von Zechen übergegangen, um im Interesse des Syndikats bis zu dessen Ablauf noch so viel wie möglich die Reihen des gegnerischen Handels zu lichten.

In Mitteldeutschland und im Osten hat dagegen der Kohlenhandel immer größere Macht über die Produzenten gewonnen, und umgekehrt, wie in Westfalen, dominiert hier der Handel über die Werke, da er sie finanziell unter seiner Gewalt halten konnte. In diesem Wirtschaftsgebiet war sogar der Kapitalbedarf der Werke noch nicht einmal so groß wie der Gewinn der Kohlenhändler. Besonders fehlte es den beiden böhmischen Großfirmen in eigenen Lande an Möglichkeiten der Anlage ihres verdienten Kapitals, so daß sie es der Erschließung der deutschen Braunkohlenindustrie widmeten. Diese war eben infolge ihrer starken Ausdehnung etwas freier geworden und ist jetzt zum größten Teil wieder dem geschäftlichen Einfluß des Großhandels unterworfen. Die Anfänge eines Syndikates selbständiger Werke, die sich in Mitteldeutschland bereits zeigten, sind wohl für immer vernichtet.

Zu den der Herrschaft des Großhandels vorbehaltenen Gebieten gehört auch Berlin, wohin das Rheinisch-Westfälische Kohlen Syndikat seine Macht im Handel nicht ausgebreitet hat, weil es nie die Herrschaft über die Versorgung hätte an sich bringen können. Vielmehr überließ das Syndikat auch den

Absatz seiner Erzeugnisse in Berlin den Großhandelsfirmen, die zum Teil noch dazu westdeutschen Ursprunges sind. Dieser Großhandel verkauft die Kohle und den Koks aus Westfalen, aus Oberschlesien, die Briquets aus der Niederlausitz und Mitteldeutschland, die Kohlen aus Böhmen und aus Großbritannien. Die Erzeugung der verschiedensten Produktionsgebiete sammeln sich alle in einer Hand; denn die Großhändler in Berlin bilden trotz ihrer scharfen Rivalität wegen der gemeinsamen Richtung der Verdienstinteressen eine Hand. Sie können durch gegenseitige Befehdung nur verlieren und müssen daher die natürliche Auslese dem Schicksal überlassen, das die geschäftlichen Intelligenzen nicht gleich verteilt hat. Jedenfalls überwiegen die gemeinsamen Geschäftsinteressen unvergleichlich die Rivalität, und das Zusammengehen der verschiedenen Firmen ist in allen wichtigen Fragen sehr leicht.

Weil die Kohlenzufuhren Berlins aus den verschiedenen Produktionsgebieten in eine Hand zusammenströmen und die meisten Firmen des Großhandels direkt oder auf Umwegen mit den verschiedenen Provenienzen zugleich handeln, so ist tatsächlich die Konkurrenz der einzelnen Reviere bis zu einem gewissen Grade aufgehoben, nämlich, soweit nicht die ganz großen Lieferungen in Frage kommen an Gasanstalten und andere Riesetriebe. Doch auch bei diesen spricht meistens der Handel ein Wort mit. Ein Wettbewerb zwischen den verschiedenen Produktionsstätten besteht nur, soweit der Einkauf des Großhandels in Frage kommt, wo er auch ausgenutzt wird. Vom Großhandel abwärts gibt es auf dem Berliner Kohlenmarke gegenwärtig keine Konkurrenz. Vielmehr haben sich Händler und Verbraucher dem Willen des halben Duzend Firmen zu unterwerfen, die den Markt beherrschen. Der hohe Stand der Brennmaterialpreise in Berlin trotz der sehr günstigen natürlichen Lage, erklärt sich hiernach sehr leicht.

Das Mittel für die Beherrschung des Marktes im einzelnen sind die Konventionen. Alle Instanzen des Kohlenvertriebes sind in Verbänden organisiert, die weitaus den größten Teil aller am Kohlenhandel irgendwie Beteiligten umschließen. Es gibt Verbände der Großhandelsfirmen für Briquets, Koks und Steinkohlen, Verbände des Zwischenhandels und solche des Kleinhandels. Durch den Zusammenschluß solcher Verbände, die in sich horizontal gegliedert sind, in vertikaler Richtung, entsteht eine Konvention. So haben die Verbände der Großhändler mit denen des Zwischenhandels und des Kleinhandels Konventionen geschlossen für Steinkohlen, für Koks und für Briquets und in diesen Konventionen ganz genau die Preise, Zwischengewinne, Provisionen, Lieferungsbedingungen reguliert, Kontrollen eingesetzt für die richtige Befolgung der Vorschriften, und auf diese Weise den ganzen Vertrieb der Brennmaterialien in eine feste Ordnung gebracht. Das Reglement unterdrückt vom Großhandel abwärts jede Selbständigkeit, macht die Kohlenhändler fast zu Beamten, da ihnen das wichtigste Merkmal des Kaufmanns, der freie Einkauf

und Verkauf vollkommen fehlt. Eine Gelegenheit zu billigerem Einkauf durch Vereinigung gibt es nicht, ebensowenig wie zu einer Erweiterung des Kundenkreises durch billigere Bedienung.

Die Zahl der Existenzen im berliner Kohlenhandel, die auf diese Weise gebunden sind, ist mit fünftausend Händlern und Angestellten nicht zu niedrig gegriffen. Es wäre keine leichte Aufgabe gewesen, sie alle unter den einen Hut zu bringen, unter dem sie jetzt sitzen, wenigstens nicht leicht für den, der vor Gewaltmaßnahmen zurückschreckt. Solche Bedenken aber haben dem berliner Kohlenhandel nicht angehaftet. Er hat die Macht, die ihm seine Verträge mit den Produzenten der Brennmaterialien boten, im ganzen Umfange ausgenutzt. Nachdem sich der Großhandel einmal über die Preise und Bedingungen des Verkaufes einig geworden war, konnte es keine Schwierigkeiten bieten, die Abnehmer, soweit sie Händler waren, auf sie zu verpflichten. Allen Händlern wurde eine Frist gestellt, in der sie sich zur Annahme der Lieferungsbedingungen bereit erklären konnten. Taten sie das nicht, so wurde ihnen gedroht, daß sie dann von ihrem Großhändler keine Ware mehr bekommen würden. Da aber weder das Syndikat in Essen noch ein anderer Produzent einem Herrn K. in Berlin SO. oder anderswo kleine Quantitäten so verkauft, daß der Mann beim Handel noch verdienen kann, sondern nur zu viel höherem Preise als Konsument, da also der Kohlenhändler anderswo so gut wie keine Ware erhält, so muß er wohl oder übel der „Konvention“ beitreten, wenn er nicht sein Geschäft schließen will. Diese Pression ist schon stark genug. Daneben gibt es noch ein anderes Mittel, um den Kleinhändler unter den Willen des Großhandels zu beugen, seine Abhängigkeit von dessen Kredit. Auf diesen ist der Kleinhändler besonders im Sommer angewiesen, wo er nichts verdienen kann und auch im Winter muß er seinen Lieferanten warten lassen, bis das Geld aus seiner Kundschaft eingeht. Nur verhältnismäßig wenige

Kohlenhändler können diese Kredithilfe entbehren und sind auch in dieser Beziehung auf die Freundschaft des Großhandels angewiesen.

Die Konventionen haben also für den Kleinhändler einen gewissen Vorteil, da sie ihm einen Kredit und eine sichere Spannung zwischen dem Preis für Einkauf und Verkauf gewährleisten, ihm die Konkurrenz der anderen Kleinhändler vom Halse schaffen und ferner ihn vor allem vor den Konsumvereinen, den Warenhäusern und Einkaufsgenossenschaften schützen. Der Zusammenschluß der Kleinhändler hat diese Vorteile noch erhöht, und dieser Zweig des berliner Handels hätte alle Ursache, sich der Konvention zu freuen, wenn nicht zwei Dinge wären. Einmal werden die Konventionen nur auf ein Jahr geschlossen und zweitens gibt es keinen numerus clausus der Kohlenhändler. Mit Briquets, Koks und Kohlen kann jeder handeln, und die sichere Rente lockt viele zu diesem Geschäft, zu dem kein großes Kapital erforderlich ist. Durch die Jahr für Jahr zunehmende Steigerung der Zahl der Kohlenhändler wird für den einzelnen der Absatz kleiner, und sein Erträgnis aus dem Geschäft geht zurück, während er auf der anderen Seite nicht die Möglichkeit hat, es in freier Konkurrenz auszudehnen. Durch die Ueberfüllung des Standes der Kleinhändler arbeitet er auch mit zu hohen Unkosten, die das Brennmaterial dem Konsum verteuern. Im Durchschnitt beläuft sich der Bruttonutzen des Kohlenhändlers bei Briquets auf die Hälfte des Einkaufspreises. Von diesem Bruttonutzen ist aber nur ein sehr kleiner Teil Verdienst und auch dieser nur Entlohnung für die körperliche Arbeit des Händlers und oft auch seiner Familie.

Die festgefügte Ordnung des berliner Kohlenhandels bringt seinen meisten Gliedern keinen Nutzen, sondern schafft nur allein den wenigen Großhändlern und einigen Zwischenhändlern großen Gewinn. Volkswirtschaftlich bedeutet der berliner Kohlenhandel aber eine ungeheuerliche Belastung der Kohlenverbraucher. (Ein zweiter Artikel folgt.)

Revue der Presse.

Die Bössische Zeitung veröffentlicht die Ergebnisse der Aufstellungen der Statistischen Abteilung der Reichsbank über

Deutschlands Abrechnungsverkehr im Jahre 1913.

Der Abrechnungsverkehr, der am treffendsten das Fortschreiten der Bargeld ersparenden Zahlungsmethoden erkennen läßt, hat sich unter dem Druck der politisch und wirtschaftlich besonders ungünstigen Konstellation des abgelaufenen Jahres nicht ganz in dem Maße wie in den Vorjahren entwickelt. Immerhin ist die Stückzahl der Einlieferungen von 14 942 im Jahre 1912 auf 15 589 gestiegen, die insgesamt eine Summe von 73,63 (72,54) Milliarden *M.* ausmachten. Auf Girokonto wurden insgesamt gut-

geschrieben 16,69 (16,67) Milliarden *M.* kompensiert wurden 77,3 (77) % der Einlieferungen. Die Zahl der Teilnehmer am Abrechnungsverkehr hat sich im Jahre 1913 durch die Neuerrichtung der Ablieferungsstelle zu Wiesbaden von 257 auf 270 gehoben. Am intensivsten kommt unter den einzelnen, dem Abrechnungsverkehr angeschlossenen Einlieferungsstellen die Kompensationswirkung bei Hamburg (95,3%) zum Ausdruck, was seine Erklärung darin findet, daß in Hamburg außer den bei den anderen Abrechnungsstellen üblichen Einlieferungen auch noch die sämtlichen Giroübertragungen von und nach auswärts sowie die Platzübertragungen durch die Abrechnungsstelle gehen. Hinter Hamburg rangiert dann in der Kompensationswirkung

an erster Stelle Frankfurt a. M. mit 85%, es folgt dann Leipzig mit 72,8%. Was die nicht kompensierten Einlieferungen betrifft, so kann man, weil die meisten Mitglieder der Abrechnungstelle auch gleichzeitig Girofonten bei der Reichsbank besitzen, annehmen, daß sie auf dem Wege der Giroüberweisung ausgeglichen worden sind. Wie weit schon die Barmittlersparung fortgeschritten ist, zeigt die Tatsache, daß die Summe der Barzahlungen 1913 bei der Reichsbank nur noch 43,3 Mill. M., die der Umsätze im Giro- und Abrechnungverkehr dagegen 452,8 Mill. M., mithin das Verhältnis der Bar- zu den Girozahlungen 9,6% betrug. — Die der berliner Abrechnungstelle angeschlossene Scheckausstauschstelle hatte im abgelaufenen Jahre eine Einlieferung von 408 404 (395 010) Provinzschecks im Gesamtbetrage von 185 (176) Millionen zu erledigen. — Die Deutsche Tageszeitung (20. März) knüpft an die auf dem Deutschen Handels-tage gefallenem Worte des Ministers Dr. Sydow über

Auslandsanleihen

an. Der Minister wies darauf hin, daß der Nutzen der dem Auslande gewährten Anleihen darin bestehe, daß man den Schuldner gewissermaßen an goldner Kette führe. Dem ist jedoch, wie die D. Z. bemerkt, durchaus nicht immer so; gerade bei den in Mode gekommenen erotischen Anleihen (aber auch bei russischen Anleihen S. B.) ist der Gläubiger oft genug, um seine Schuldner vor dem Zusammenbruch zu schützen, gezwungen, dem Schuldnerstaate andauernd weitere Anleihen zu gewähren, so daß dieser schließlich ihn, nicht aber der Gläubiger den Schuldner an der Kette halte. Vor allem aber ist beim Kapitel Auslandsanleihen zu beachten, daß unsere Banken vom Ausland, und insbesondere von den Franzosen lernen müssen, wie man mit der Gewährung von Anleihen auch effektiven Nutzen für das Heimatland verknüpft. Die Franzosen gewähren prinzipiell keine Anleihen, aus denen nicht — abgesehen von politischen Vorteilen — der französischen Industrie größere Aufträge zufließen. Die deutschen Banken kümmern sich im allgemeinen hierum wenig und schließen die Anleihen zumeist unter dem Gesichtspunkte des einmaligen möglichst großen Verdienstes ab. So konnte es passieren, daß z. B. als österreichische Banken mit China eine Anleihe abschlossen, die den österreichischen Werften den Bau einer Anzahl von Kriegsschiffen zuführte, unsere Banken der österreichischen Regierung, also demselben Lande, dessen Banken gerade wirtschaftliche Vorteile durch eine Anleihe eroberten, das von ihr dringend benötigte Geld vorschießen mußten. — Die Rheinisch-Westfälische Zeitung (20. März) gibt eine stattliche Zusammenstellung der

Marineausgaben der Seemächte für 1914.

An erster Stelle rangiert natürlich Großbritannien mit 1,05 Milliarden M. gegen 995,7 Mill. M. im Vorjahre. Die Vereinigten Staaten von Amerika folgen mit 606,6 Mill. M. (1912: 590,7), Rußland mit 540,8

(497,4) Mill. M. Frankreich hat seinen Marineetat von 412,2 auf 507,7, Deutschland den seinen von 470,6 auf 479 und Japan den seinen von 202,9 auf 211,5 Mill. erhöht. Es ist jedoch noch fraglich, ob das japanische Parlament den Etat in dieser Höhe bewilligen wird. Italien nimmt nur die geringfügige Erhöhung von 205,4 auf 205,9 Mill. M. vor. Für Oesterreich-Ungarn, dessen Etat im Vorjahre 155,3 Mill. M. betrug, können die Zahlen für 1914 noch nicht zum Vergleich herangezogen werden, da die Ausgaben des laufenden Haushaltes in Höhe von 32,2 Mill. M. nur für einen Zeitraum von sechs Monaten gefordert sind, weil man beabsichtigt, den Beginn des Rechnungsjahres, das bisher mit dem Kalenderjahr zusammenfiel, auf den 1. Juli zu verschieben. — Ueber Institute für

Weltwirtschaft und Weltpolitik

schreibt in der Täglichen Rundschau (18. März) Hans Siegfried Weber. Es ist zu begrüßen, daß der Kultusminister nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, eine besondere Auslandshochschule begründen will, sondern an den Universitäten, und vorzugsweise in Berlin, Institute für Weltwirtschaft und Weltpolitik ins Leben rufen will. Es war klar, daß der Ausbau des vorläufig als reines Spracheninstitut fungierenden Orientalischen Seminars zu einer Auslandshochschule einer völligen Neugründung gleichgekommen und durchaus nicht zweckmäßig gewesen wäre. Auch der von den Professoren Elzbacher und Apt gewiesene Weg der Angliederung von Auslandsinstituten an die Handelshochschulen konnte nicht gangbar erscheinen, weil die Handelshochschulen Privatinstitute sind, an denen doch der Staat unmöglich die Reichskolonialbeamten, Konsuln und Diplomaten ausbilden lassen kann. Außerdem aber fehlen vor allem den Handelshochschulen die außerordentlich wichtigen geschichtlichen Vorlesungen, ohne die ein erfolgreiches weltpolitisches Studium nicht möglich ist. Und Weltpolitik muß neben der Weltwirtschaft besonders eifrig an den beabsichtigten Instituten getrieben werden, da Wirtschaftspolitik ja nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck der Machtpolitik ist. Das wird aber nicht hindern, den wirtschaftlichen Problemen besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, und es muß sogar gefordert werden, daß die wirtschaftlichen Disziplinen, die bisher viel zu stiefmütterlich behandelt und hinter den juristischen zurückgesetzt wurden, in den Vordergrund und über die juristischen gestellt werden. — Der Oesterreichische Volkswirt (21. März) nimmt sehr scharf Stellung gegen die von der Regierung auf Grund des bekannten Notstandsparagrapheu geplanten

§ 14-Anleihe.

Die Regierung beabsichtigt 4% ige Schatzscheine zum Kurse von ca. 90% auszugeben, die nach preußischem Muster innerhalb einer bestimmten Anzahl von Jahren zum Parikurse eingelöst werden sollen. Durch die hierdurch in Aussicht stehenden großen Verlosungsgewinne von 10—11% wird der Anleihe von

vornherein der verderbliche Charakter eines Spielpapiers aufgedrückt. Aber ganz abgesehen hiervon, handelt es sich bei der in Frage stehenden Schatzscheinemission um eine verfassungsmäßige Frage von ungeheurer prinzipieller Wichtigkeit. Denn wenn es der Regierung zugestanden werden sollte, auf Grund des § 14 ihren langfristigen Geldbedarf decken zu können, so steht einem absolutistischen Regime nichts mehr im Wege. Denn der eigentliche Sinn des § 14 ist ja nur, der Regierung zu ermöglichen, ohne Zustimmung des Parlamentes, einen plötzlich eintretenden Bedarf als Vorwegnahme bekannter, in Kürze fälliger Staatseinnahmen decken zu können. Hier aber handelt es sich erstens um eine langfristige Schatzscheinemission, und dann noch dazu in einer Höhe, die aus den normalen Budgeteinnahmen nicht mehr bestritten werden kann, also um ein direkt verfassungswidriges Vorgehen, wenn sie ohne parlamentarische Zustimmung erfolgen soll. Außerdem verfügt die Regierung über keinerlei budgetäre Mittel zur Tilgung der Schatzscheine, die also zweifellos durch Aufnahme neuer Anleihen konsolidiert werden müssen. Es ist dringend zu hoffen, daß die Staatsschuldenkontrollkommission in diesem für die Monarchie entscheidend wichtigen Moment nicht umfällt. — In der *Vossischen Zeitung* (24. März) widmet der Kunstwissenschaftler Karl Scheffler dem jüngst verstorbenen Direktor der Nationalbank für Deutschland

Julius Stern

einen warmen Nachruf. Er nennt ihn einen der sympathischsten Typen des modernen Mäzenentums, der mit seinem regen Kunstinteresse wirkliche Kulturarbeit geleistet hat.

Aus den Börsensälen.

Selbst in den Sommermonaten kann es an der Börse nicht stiller zugehen als gegenwärtig. Die Unternehmungslust ist bis auf ein Minimum eingeschränkt, und die Börsenspekulation hält sich ebenso konsequent wie das Privatpublikum von allen Geschäften fern. Wenn die Kurse einige Tage lang um ein paar Prozent steigen, stellt sich bald wieder eine Abschwächung ein, und daher kann auch die berufsmässige Spekulation keine Erfolge verzeichnen. Das Publikum will ihr nun einmal nicht Gefolgschaft leisten, und diese Erkenntnis ist natürlich keineswegs geeignet, die Börse zu ermutigen. Die gegenwärtige Börsenlage unterscheidet sich durch nichts von jenen Perioden der Geschäftslosigkeit, die regelmässig in den Zeiten eines wirtschaftlichen Rückschlages einzutreten pflegen. Selbst der Rentenmarkt verharrt in einer lustlosen und zum Teil sogar schwachen Tendenz. Es zeigt sich, dass die Erhöhung der Rentenkurse zu Anfang dieses Jahres nicht so sehr die Folge einer Besserung des Kapitalmarktes war, als vielmehr einer spekulativen Betätigung, die durch die Ermässigung der

Zinssätze angeregt wurde. Immerhin tritt am Rentenmarkte noch weit eher Nachfrage hervor, als an den Märkten der industriellen Werte. So haben die heimischen Staatsanleihen in den letzten Tagen eine leichte Kurserrhöhung erzielen können. Ein reger Geschäftsverkehr vermochte sich jedoch auch hier nicht zu entwickeln, und die grossen neuen Emissionen verhindern eine durchgreifende Besserung. An den Bedingungen, zu denen die neuen Anleihen aufgenommen werden, erkennt man gleichfalls, dass die Aufnahmefähigkeit des Kapitalmarktes noch immer nicht wesentlich gekräftigt ist. Trotzdem somit noch keine Anzeichen für den von der Börse schon so lange erwarteten Umschwung vorhanden sind, zeigte sich doch in dieser Woche insofern eine gewisse Veränderung, als die unbefriedigenden Nachrichten aus der Industrie die Kurse nur ganz unwesentlich herabdrückten. An einigen Tagen gewann man sogar den Eindruck, dass sie überhaupt keine Wirkung mehr ausüben. Dies gilt z. B. von der weiteren Preisermässigung an der *Düsseldorfer Montanbörse*, die um so bemerkenswerter ist, als die Preise in den letzten Wochen stabil geblieben waren; es gilt auch von den recht ungünstigen Stimmungsberichten über die Lage des belgischen Exportmarktes, wo sich der deutsche Wettbewerb immer mehr fühlbar machen soll. Es hat den Anschein, dass die belgische Eisenindustrie durch die deutsche Konkurrenz weit mehr geschädigt wird, als in den Zeiten früherer Konjunkturrückgänge. Die technischen Verbesserungen in der deutschen Industrie haben — wenigstens soweit die grossen Werke in Betracht kommen — die Herstellungskosten ermässigt, und da der Konzentrationsprozess in Belgien nicht in gleichem Masse vorgeschritten ist, so kann die Eisenindustrie dieses Landes bei den gegenwärtigen Preisen den deutschen Offerten schwer standhalten. Im Steinkohlenbergbau müssen fortgesetzt Feierschichten eingelegt werden, und das Syndikat hat im Monat Februar nur 84,54 % der Beteiligung gegen 109,16 % im Februar 1913 abgesetzt. Diese Ziffern lassen den Umfang des Rückganges deutlich erkennen und zeigen, dass auch in der Eisenindustrie bereits grössere Betriebseinschränkungen stattgefunden haben müssen, als es durch die Presse bekannt geworden ist. Dass all diese Nachrichten die Börsentendenz nicht erheblich beeinflusst haben, liegt wohl daran, dass ein grosser Teil der im Januar und Februar eingegangenen spekulativen Hausseengagements inzwischen wieder glattgestellt worden ist. Die Positionsverhältnisse sind ohne Zweifel im Laufe der letzten Wochen besser geworden; dennoch aber verhindern die unbefriedigenden Nachrichten aus der Industrie eine Erhöhung des Kursniveaus.

* * *

Ein Zeichen für die immer noch schlechte Verfassung des Kapitalmarktes ist auch die Furcht der Börse vor jeder neuen Vermehrung des Aktienkapitals. Sobald sie überhaupt nur hört, dass eine Gesellschaft Geldbedarf hat,

nimmt sie Aktienverkäufe vor, selbst dann, wenn dieser Bedarf durch Ausgabe von Obligationen gedeckt werden soll. So hat der schon in der vorigen Woche erwähnte Beschluss der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Gesellschaft, eine Obligationsanleihe in Höhe von 25 Mill. *M* aufzunehmen, die Spekulation verstimmt und in diesen Tagen zu weiteren Abgaben geführt. Der Kurs ist allerdings nicht erheblich zurückgegangen, weil das Angebot zu Deckungen der sehr umfangreichen Blankoengagements benutzt wurde. Während im Falle Deutsch-Luxemburg die Begleiterscheinungen der Emission, nämlich der Austritt der Deutschen Bank aus dem Finanzkonsortium, die Verstimmung verstärkt haben, genügte bei anderen Unternehmungen allein schon die Erwähnung der Tatsache, dass Kapitalsbedarf vorliegt, um eine Abschwächung herbeizuführen. So wurden zu Beginn dieser Woche von der Baissespekulation vielfach Abgaben in den Aktien des Lothringer Hüttenvereins Aumetz-Friede vorgenommen, und es fanden Gerüchte Verbreitung, dass die jüngst angekündete Aufnahme einer Obligationsschuld von 20 Mill. Fr. noch nicht genüge, um die finanziellen Erfordernisse zu decken. Da die Höhe des im laufenden Geschäftsjahre bisher, hauptsächlich für den Ausbau der Zechen, verwendeten Kapitals nicht bekannt ist, und ebensowenig die noch notwendigen Erfordernisse, lässt sich nicht beurteilen, ob die Vermutung der Börse zutrifft. Bemerkenswert ist jedoch, dass auch dieses Unternehmen wie die Deutsch-Luxemburgische Gesellschaft im Vergleich zum Aktienkapital eine sehr erhebliche Schuldenlast besitzt. Die Obligationen betragen unter Berücksichtigung der neuesten Anleihe 34,89 Mill. *M*. Die Kreditoren beliefen sich am 30. Juni 1913 auf 18,6 Mill. *M*. Sie werden infolge der weiteren Bauten trotz der neuen Anleihe kaum eine wesentliche Verminderung erfahren haben. Insgesamt dürfte sich also die Schuldenlast am Ende dieses Geschäftsjahres wahrscheinlich nicht viel unter 50 Mill. *M* stellen, während das Aktienkapital einen Umfang von 58 Mill. *M* erreicht. Dass unsere grossen Hüttenwerke einem Rückgang der Dividende durch Ausgabe von Obligationen nach Möglichkeit vorzubeugen bestrebt sind, mag für die Aktionäre sehr erfreulich sein. Es liegt hierin aber ohne Zweifel eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die Besitzer der Schuldverschreibungen, und auch der Vorteil, den die Aktionäre unter normalen Verhältnissen erzielen, kann während einer scharfen Krisis sich in das Gegenteil verwandeln. Die Ausdehnung der grossen Montanwerke auf die verschiedenartigsten Betriebe schaltet das Risiko nicht völlig aus, das nun einmal in diesem Industriezweige, und ganz besonders im Bergbau, vorhanden ist.

* * *

Eine gewisse Beunruhigung bemächtigte sich auch der Spekulation, als das Eisen- und Stahlwerk Hoesch von seinem

Geldbedarf Mitteilung machte. Dieses Unternehmen gibt, im Gegensatz zu den beiden genannten, im Vergleich zum Aktienkapital nur wenig Obligationsanleihen aus. Am 30. Juni 1913 betragen diese Schulden erst 4,9 Mill. *M*; inzwischen ist noch eine weitere Anleihe von 4 Mill. *M* aufgenommen worden, so dass die fundierten Schulden insgesamt etwa 32 % des nach Durchführung der jetzt geplanten Transaktion von 20 auf 28 Mill. *M* erhöhten Aktienkapitals darstellen. Von den 8 Mill. *M* neuen Aktien dienen 3,6 Mill. *M* zum Ankauf des Siegerländer Erzbergwerks Eisenzecherzug; der Rest zur Beschaffung neuer Betriebsmittel. Offenbar ist die neue Transaktion durch die verschärfte Konkurrenz in der Eisenindustrie veranlasst worden. Hoesch will, wie die grössten Betriebe, sich vom Erzbezüge weniger abhängig machen; die Deckung des ganzen Eigenbedarfes dürfte allerdings durch die jetzt erworbene Gewerkschaft nicht erfolgen können. Rein wirtschaftlich betrachtet, erscheint die Kapitalserhöhung des Eisenwerks Hoesch durchaus nicht ungünstig, aber die Börse befürchtet dennoch, dass die Rentabilität unter dem vermehrten Aktienkapital leiden werde. Die vorzügliche Fundierung der Gesellschaft liess allerdings einen allzu weitgehenden Pessimismus nicht aufkommen.

Bruno Buchwald.

Umschau.

Kartellpolitik.

Man schreibt mir: „Ich habe an dieser Stelle schon mehrfach auf die besondere Technik aufmerksam gemacht, die sich mit der Entwicklung des Kartell- und Syndikatswesens in Deutschland allmählich herausgebildet hat, eine Technik, die es verdiente, einmal Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchung und Zusammenfassung zu werden. Je stärker die Konzentration sich durchsetzt, je mächtiger die in den Kartellen geschaffene Organisationen und in diesen Organisationen wiederum die einzelnen führenden Grossunternehmungen werden, desto gewaltiger ist der von den Kartellen gegen jede Störung ihrer Geschäftspolitik ausgehende Angriff und Druck. Dafür brachten die jüngsten Jahre eine Fülle von Beweisen. Ich möchte erinnern zunächst an die Kraft und Energie, mit der der nordatlantische Dampferlinienverband vor einiger Zeit, vertreten durch die nächstbeteiligten deutschen Linien, Hamburg-Amerika-Linie und Norddeutscher Lloyd, die Versuche des damals noch sehr aktionsfähigen Fürstenkonzerns niederhielt, gestützt auf den Emdener Hafen eine neue grosse Auswandererlinie über den Atlantischen Ozean laufen zu lassen. Obwohl die Hapag wie der Lloyd ausserpreussische Erwerbsunternehmungen sind, obwohl die Emdener Linie die erste preussische Grossauswanderungs-Gesellschaft werden sollte und dem heute noch sehr ruhigen, von Preussen mit Riesenkosten ausgebauten Hafen zu starkem Leben hätte verhelfen können — trotz aller dieser lockenden Aussichten für Preussen, trotz der persönlichen Beziehungen der Fürsten zu sehr massgebenden Stellen

setzten es Hapag und Lloyd durch, dass Preussen im Bundesrat für die Ablehnung der vom Fürstentum beantragten Auswanderkonzession über Emden seine entscheidenden Stimmen in die Wagschale warf. Unzweifelhaft ein prägnantes Beispiel der Macht, den die verbündete Grossunternehmung auszuüben vermag, zumal sie bei der Bedeutung, die sie gewonnen hat, auch ohne weiteres die Wahrung ihrer Stellung und die Ruhe ihres Arbeitskreises als Reichsinteresse zu betonen vermag. In Wahrheit freilich bedeutete der eben erwähnte Bundesratsbeschluss praktisch nichts anderes als die Verewigung eines Monopols, dessen Förderung auf dem Wege zur Vertrustung des deutschen Grossschiffahrtsgewerbes. Recht interessant sind sodann die Vorgänge, die soeben zu der Verlängerung des Rheinischen Braunkohlensyndikats auf 15 Jahre geführt haben. Viele Monate währte der Kampf, der jetzt beendet ist. Das Syndikat war, wie meist, bedroht durch die Ansprüche der neuen Werke, die unter seinem unfreiwilligen Schutz umso leichter zu wachsen vermochten, als sie an den Syndikatslasten nicht partizipierten. Die Syndikatsinstitution ist nun in der rheinischen Braunkohlenindustrie eine besonders wertvolle Einrichtung, da dieser Verband sich eigene hohe Werte geschaffen hat. Vor allem Braunkohlenfelder, die erworben werden, um auf ihnen nicht neue Konkurrenten entstehen zu lassen, eine Brikettfabrik und anderes. Trotz dieser Werte waren einzelne Gruppen im Syndikat entschlossen, den alten Verband aufzugeben, um in offenem Kampfe sich der Aussenseiter zu erwehren. Dabei verfolgten die Hauptinteressenten des Verbandes eine interessante Politik: sie bereiteten ein Rumpfsyndikat der Besten vor, um dieses mit voller Kraft den Vernichtungskampf gegen die Widerstrebenden führen zu lassen, also eine Auslese zum Kampfe besonders geeigneter Kräfte, eine Erscheinung, die man immerhin auch zu den Neuerscheinungen der Kartellpolitik zählen darf, zumal sonst im allgemeinen in Rumpfsyndikaten alle die willkommen sind, die der gemeinsamen Parole folgen wollen. Da in der rheinischen Braunkohlenindustrie zwei alle anderen überragenden Unternehmungen das Feld beherrschen; die Rheinische Aktien-Gesellschaft für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation und die Roddergrube Aktien-Gesellschaft, so war hierdurch die Kampffront bestimmt. Wenn es nicht zur Aktion des Rumpfsyndikats gekommen ist, so war dafür vielleicht von erheblicher Bedeutung — und das ist für die Kartellpolitik recht interessant —, dass der alte Verband nicht einfach ad acta zu legen war. Gerade wegen seines Eigenbesitzes, den man — besonders die Braunkohlenfelder — kaum wieder ohne Gefahr neuer Gründungen und Produktionszersplitterungen im Wege der Aufteilung oder Liquidation verwenden konnte. So mag immerhin die hohe Entwicklung, die die Syndikatsform gerade in der rheinischen Braunkohlenindustrie gefunden hat, dazu beigetragen haben, dass die Aktionslust der Hauptinteressenten dieser Industrie etwas beengt war. Dass dem so war, darauf deutet die Tatsache hin, dass zugleich mit der Erneuerung des alten Verbandes auf 15 Jahre der gesamte Eigenbesitz des Verbandes in die Rechtsform einer selbständigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung gebracht werde. Wird es in der Folge zu einer Syndikatauflösung kommen, oder läuft der Verband ab, ohne dass seine Er-

neuerung eintritt, dann teilen sich eben die alten Verbandsglieder in die Anteile der Gesellschaft m. b. H. Da im alten Verband die vorgenannten zwei Grossunternehmungen bisher weit über die Hälfte aller Quoten hatten, würde ein entsprechender Anteilsbesitz auf sie entfallen — sie wären wohl damit in der Lage, verhindern zu können, dass die G. m. b. H. und der Besitz selbst nach Auflösung des Syndikats gegen ihren Willen verwendet wird. — Recht stark endlich stellen sich in der letzten Zeit die Verhältnisse der rheinisch-westfälischen Zementindustrie in den Vordergrund der Diskussion. Das Rheinisch-Westfälische Zementsyndikat hat schon seit Jahren mit Outsider- und anderen Schwierigkeiten zu kämpfen. Am 31. Dezember 1913 lief es wieder einmal ab. Nach der letzten Stunde erst gelang eine provisorische Verlängerung bis zum 15. Februar 1914, also auf 6 Wochen. Drei Werke blieben ausserhalb: Deutschland, Burania und Victoria Luise. Der 15. Februar brachte keine Einigung mit diesen Werken, die Situation verschärfte sich dadurch, dass die Emil Sauersche Gewerkschaft Elsa sich aus dem Verbands zurückzog, so dass jetzt vier Outsiderwerke den 34 Verbandsfabriken gegenüber standen. Letztere beschlossen trotzdem, mit der Auflösung des Verbandes und der Aufnahme des Kampfes noch zuzuwarten, zumal alsbald das Werk Burania Neigung zu einer Verständigung zeigte. Blieben also — da das Werk Elsa, das die Höchstbeteiligung im Verbands hat, an sich syndikatsfreundlich, sich nur reine selbständige Aktienfreiheit gesichert hatte — Deutschland und Victoria Luise. Mit „Deutschland“ wurde nun der Verband auf eine recht interessante Weise fertig: plötzlich wurde bekannt, dass die Majorität der Besitsrechte an „Deutschland“ in andere Hände übergegangen war. „Deutschland“ ist eine Gesellschaft m. b. H., deren Kapital 810 000 *M* beträgt. Die Anteilsmajorität wurde in eine neue Gesellschaft m. b. H. aufgebracht, die — alles andere als syndikatsfeindlich ist. Die Majorität kostete etwa $\frac{3}{4}$ Mill. *M*: ein Butterbrot für die Syndikatswerke, zumal der Aufwand ja nicht à fonds perdu war. „Deutschland“ ist also ausgekauft. Bleibt noch „Victoria Luise“ — ein Werk, das seine Fabrik erst baut, dem also, obwohl das Werk mit billigen Vorverkäufen unbequem werden kann, wenigstens zunächst noch nicht ausschlaggebende Bedeutung für die Syndikatsfrage zukommt. Zudem wird der Verband, wenn sich die Outsiderschaft auf ein Werk beschränkt, darüber wohl nicht unbedingt fallen müssen. Dass der Verband jetzt recht bestimmt auf ein Obsiegen der Kartellidee und auf ein Durchdringen seiner Politik rechnet, geht daraus hervor, dass er soeben Hand auf die Anlagen der falliten Zementwerke Auguste Victoria in Beckum gelegt hat, indem es der erste Hypothekargläubiger des Werkes wurde, dieses also in der Hand behält und nach Belieben verwenden kann. Auch hier also wird der Verband als solcher Werksbesitzer — das Werk soll von ihm fertig gebaut werden — mit der ausgesprochenen Absicht, mit diesem Eigenwerk als Kampfwerk eine neue Waffe sich zu schaffen gegen etwaige Aussenseiter und Störenfriede dieser Politik. Das sind gewisse interessante Zeugnisse der modernen Kartellpolitik, die zeugen, zu wech komplizierten und produktiv aktiven Faktoren diese Organisationen geworden sind.“

Deutsches Platin.

Herr Hermann Waldemar Otto-Düsseldorf schreibt: „Das äusserst seltene und kostbare weisse Edelmetall Platin wurde zuerst von den Spaniern in Kolumbien gefunden; es erregte die Aufmerksamkeit der spanischen Goldsucher besonders dadurch, dass man es nicht zu schmelzen vermochte. Man hielt das Metall für ein Gemisch von Eisen und Gold und nannte es Platina, d. h. kleines, nicht besonders wertvolles Silber. Erst Watson erkannte Platin 1750 als neues Metall, und der französische Chemiker Debray war der erste, der es verstand, dasselbe im Knallgebläse bei etwa 1780° zu schmelzen. Seit etwa hundert Jahren ist der Hauptfundort des Platins das Uralgebirge, eine der ältesten Gebirgsformationen. Die Uralwäschereien liefern neun Zehntel der Gesamtproduktion. Das Metall diente früher in Russland, da es billiger wie Silber war, zur Herstellung von kleinen Münzen (von 1828 bis 1845). Im Ural kommt das Platin im sogenannten Seifengestein vor, das sind Schuttanschwemmungen verwitterter Gebirgsmassen. Durch Waschen wird das „taube“ Material fortgespült, während das schwere, darunter Platin mit einem spezifischen Gewicht von 21,5, zurückbleibt. Die Ausbeute beläuft sich auf ungefähr 6000 Kilogramm per Jahr und der Preis schwankt zwischen 5800 bis 6500 *M* per Kilo. Der ganze Handel mit Platin wird kontrolliert durch die „Société anonyme d'Industrie du Platine“ in Paris, von welcher auch die russischen Platinproduzenten abhängig sind. Bei der Verwendung dieses Edelmetalls zu allen möglichen nützlichen Zwecken, besonders in der chemischen Industrie, in der Galanterie- und photographischen Branche, übersteigt die Nachfrage weitaus das Angebot. Als Muttergestein des Platins gelten die primären Lagerstätten in sehr altem Gebirge. Die Gelehrten waren bisher der Ansicht, dass es wegen seiner unendlich feinen Verteilung im Urgestein wohl nie abbauwürdig befunden werden dürfte. In dieser Beziehung ist nun seit einigen Monaten ein Wandel eingetreten, der die bergbaulichen Kreise und die Behörden in hohen Masse beschäftigt. Am 8. November 1913 starb im Alter von 80 Jahren in Krombach in Westfalen der Bergingenieur und Regierungsländmesser Carl Schreiber, ein Mann, der als geologischer Sonderling galt und der über fünf Jahrzehnte in den Bergen seiner engeren Heimat, im Westerwald und im Sauerland, nach Edelmetallen schürfte. Er behauptete, neben Gold und Silber sogar Platin gefunden zu haben, doch wurden seine Angaben nur belächelt, um so mehr, als die Analysen des von ihm gebrachten Gesteins auch nicht eine Spur von Edelmetall ergaben. Alle negativen offiziellen Untersuchungsergebnisse machten aber den harten Westfalenschädel nicht weich. Schreiber behauptete, dass die gewöhnlichen, auf den Nachweis von Gold und Silber gerichteten Probierrmethoden versagen müssten und Platin nur unter Einhaltung ganz bestimmter Analysengänge im Urgestein nachzuweisen sei. So lässt sich z. B. Platin, sobald es mit Silber legiert ist, mit Salpetersäure auflösen, während es als Reinform von dieser Säure nicht angegriffen wird. Es gelang nun Schreiber, im Laufe der Jahre ein chemisches Extraktionsverfahren herauszubilden, durch das er einwandfrei nachzuweisen vermochte, dass in kristallinischem Tonschiefer und eisenschüssigem Quarzit, welche Gesteinsarten in

mächtigen Bänken gewisse Gebirgszüge des südlichen Westfalens durchsetzen, ebenso in Lavamassen des hohen Westerwaldes, Edelmetalle, in der Hauptsache Platin, in erheblichen Mengen vorhanden sind. Nunmehr wurde das Oberbergamt in Bonn stutzig und beauftragte das „Hüttenmännische und elektrometallurgische Institut an der Technischen Hochschule in Aachen“ unter Anwendung des Schreiberschen Verfahrens mit einer Untersuchung der eingesandten 15 Proben der Vorkommen im hohen Westerwald. Diese Proben, je 5 Kilo, wurden unter Aufsicht eines Bergrevierbeamten geschürft. Die unterm 25. Mai 1909 erstattete Analyse ergab 140 bis 301 Gramm Silbergehalt per Tonne Erz. Auch Proben von Gold wurden gefunden und „ein anderes wertvolles Metall, das seinen Eigenschaften gemäss Platin sein könnte.“ Weitere Untersuchungen wurden im November 1909 vorgenommen und ergaben per Tonne Erz 3,4 bis 4 Gramm Platin und 5 bis 12 Gramm Gold. Nunmehr arbeitete Schreiber eifrig weiter an der Vervollkommnung seines Extraktionsverfahrens, wobei er besonderes Gewicht auf die feinste Verpulverung und innigste Mischung der Materialien legte. Die einige Jahre später erzielten Resultate waren direkt verblüffend und erregten allgemeines Aufsehen. Aus dem Mutungsfelde Friedrich I. bei Meschede, der Gewerkschaft Hörselberg gehörend, wurden im Mai 1913 aus vier Fundpunkten grössere Gesteinsproben entnommen und in Aachen untersucht. Die Analysen ergaben auf 1000 Kilo 8 bis 19 Gramm Platin, 5 bis 11 Gramm Iridium und 3 Gramm Gold. Die bekannte Platinschmelze Heracus in Hanau fand in der Tonne Material 34 Gramm Platin, 2 Gramm Gold und 12 Gramm in Königswasser unlösliche Platinmetalle (Iridium und Rhodium). Diese glänzenden Resultate brachten nunmehr die Fachleute des Bergbaues und die deutschen Kapitalisten auf die Beine, um sich unter Abschluss des französischen und englischen Kapitals die Mutungsfelder des verstorbenen Carl Schreiber zu sichern. Dies ist um so mehr zu begrüssen, als die Gewinnung des Platins in den westfälischen Bergen von höchster nationaler Bedeutung ist. Deutschland macht sich in dieser Hinsicht vom Ural unabhängig und es werden auf Menschenalter hinaus jährlich viele Millionen im Lande gelassen, da die Platinvorkommen in grosser Mächtigkeit anstehen. Ein neues Konzentrationsverfahren ermöglicht es, das Volumen des Platin enthaltenden Gesteins ausserordentlich zu verringern, so dass künstlich der Verwitterungsvorgang in der Natur (die „Seifen“) geschaffen wird. Das Zentrum des Vorkommens ist der Eruptivkessel des Hohen Westerwaldes; es streicht über die Dill, die Sieg, durch das südliche Westfalen bis Meschede.“

p. Kunstseide.

Man schreibt mir aus Frankfurt a. Main: „Der Name der Vereinigten Kunstseidefabriken Aktien-Gesellschaft in Kelsterbach-Frankfurt a. M. repräsentiert nun schon seit einigen Jahren eine sich durch immer neue unerfreuliche Kapitel fortspinnende Leidensgeschichte für die Aktionäre dieses Unternehmens. Soeben hat ein neuer Akt begonnen: die zweite Rekonstruktion, die die angeblich endgültige Sanierung bringen soll. Den Beginn dieses Aktes begleitete ein kräftiger Kurssturz der Aktien, die noch am Tage des Bekanntwerdens des neuen Verlustabschlusses

zu annähernd 125% im freien Verkehr umgesetzt wurden, um sofort um etwa 40% auf zunächst ca. 85% zu fallen. Dass die Aktien noch am Tage der Aufsichtsratsitzung, die mit dem Rekonstruktionsbeschlusse endete, 25% Agio bedangen, zeigt zur Genüge, wie völlig unerwartet und überraschend allen jenen Aktionären der Gesellschaft die neuesten Ereignisse gekommen sind, die nicht in Fühlung mit der Verwaltung stehen. Selbstverständlich tragen die älteren Aktieninteressenten der Vereinigten Kunstseidefabriken Aktien-Gesellschaft an ihrem Geschick zum guten Teil selbst Schuld. Mit Staunen erinnert man sich heute, dass diese Gesellschaft, die jetzt im vierten Jahre ihre Aktien dividendenlos lassen muss und erneut mit einer 1 000 000-*M*-Unterbilanz abschliesst, vor noch gar nicht langer Zeit Dividenden von zweimal 35, dann 20, 15, 10 und 8% verteilt hat, dass diese Gesellschaft im Laufe der sechs letzten Jahre vor Eintritt der Dividendenlosigkeit (im Jahre 1910) insgesamt nicht weniger als 123% ihres Aktienkapitals an Dividenden den Aktionären ausgekehrt hat. Der innere Fehler bei dem Unternehmen war, dass es viel zu lange an dem völlig veralteten Alkoholverfahren für die Herstellung von Kunstseide festgehalten hat und dass es die Gewinne, die es mit diesem Verfahren in vergangenen guten und konkurrenzarmen Zeiten erzielte, nicht in viel grösserem Umfange zur Anpassung an die technischen Fortschritte und zu modernen Neugestaltungen in den Fabriken innebehielt, sondern in überreicher Weise an die Aktionäre auszahlte. Damit wurde zwar dem sehr spekulativen Markt der Aktien dieser Gesellschaft, also dem Tagesinteresse der Gross- und Kleinbeteiligten, nicht aber der Zukunft der Gesellschaft gedient. Als das Alkoholverfahren sich, besonders bei der Neugestaltung der Verhältnisse am Markte dieses Rohprodukts, als völlig veraltet erwiesen hatte, war die Gesellschaft plötzlich ungerüstet, hatte veraltete Fabrikeinrichtungen und musste nach neuen, von schwierigen Patentprozessen bestrittenen Verfahren suchen. Sie stand dieser Situation um so hilfloser gegenüber, als inzwischen die grossen Verdienste, die früher mit der Kunstseidefabrikation erzielt worden waren, eine nicht nur sehr potente, sondern auch sehr viel klügere und besser ausgerüstete Konkurrenz auf den Plan gerufen hatten. Technisch war das Verfahren der Gesellschaft völlig überholt, speziell das Ausland hatte die Vereinigte Kunstseidefabriken-Aktiengesellschaft ganz geschlagen, so geschlagen, dass sie gar nicht mehr daneben in Betracht kam. Ausschlaggebend war in der Kunstseidefabrikation nicht mehr das Alkoholverfahren, sondern das Viscoseverfahren geworden. Die mit diesem Verfahren arbeitenden Vereinigte Elberfelder Glanzstoff-Fabriken Aktien-Gesellschaft in Elberfeld, hatte die bekannten grossen Erfolge, die ihr nicht nur zu glänzender Rentabilität verhelfen, sondern es ihr ermöglichten, an dem hohen Dividendenstandard von etwa 30 bis 40% festzuhalten und doch gleichzeitig — was man in Kelsterbach nicht verstanden hatte — sich ihren Rang in der Technik der Fabrikation trefflich zu bewahren. Dabei waren die Vereinigten Kunstseidefabriken in Kelsterbach auch noch nach anderer Richtung hin durch die Eigenart ihrer Fabrikationstechnik zu kompliziertem und erschwertem, verteuertem Betrieb genötigt. Das Verfahren, nach dem sie arbeitete, barg eine hohe Explosionsgefahr in sich; eine zwar nicht rationelle, aber möglichst

sichere Wirtschaft erforderte in folgedessen eine weite Dezentralisation des Betriebs, so dass die Kelsterbacher Gesellschaft genötigt war, die Produktion auf vier voneinander ausserordentlich entfernten Betriebs-Fabriken, die sich auf Deutschland und die Schweiz verteilten, zu zersplittern, was natürlich das Unkostenkonto, aber auch die ganze Zweckmässigkeit der Herstellung scharf belastete und die Gestehekosten von vornherein in ein ungünstiges Verhältnis zu der nach gefahrloserer Methode arbeitenden Konkurrenz brachte. Dazu kam dann noch, dass das Produkt der Gesellschaft nicht immer allzu beliebt war. Man wollte sich dann in Kelsterbach mit allerhand Experimenten helfen, mit der Aufnahme der Kunstlederfabrikation usw., machte zu diesem Zwecke kostspielige Fusionen, ohne irgend etwas anderes zu erreichen, als den Verlust neuer Kapitalien und neue Enttäuschungen und Schwächungen. Anfang 1913 sah man ein, dass es so nicht weiter gehen konnte, nachdem das Geschäftsjahr 1912 nach Aufzehrung aller Reserven mit einem Verlust von 681 000 *M* abgeschlossen hatte. Das Aktienkapital, das von ursprünglich 2 1/2 Millionen *M* allmählich auf 3 650 000 *M* angewachsen war, wurde dann im März 1913 zusammengeschnitten auf 1 460 000 *M*, wobei über die Tilgung der Unterbilanz hinaus etwa 1 500 000 *M* für Abschreibungen frei wurden. Gleichzeitig führte man der Gesellschaft, deren Verpflichtungen etwa 2 500 000 *M* betragen, durch Ausgabe von 1 540 000 *M* neuen Aktien (sodass das Aktienkapital auf 3 000 000 *M* wieder anstieg) neues Kapital zu, indessen nicht gerade in allzu reichlichem Umfange. Diese Sanierung war nur möglich durch Unterwerfung der Gesellschaft unter die Herrschaft der Elberfelder Glanzstoff-Fabriken, die ihren Ausdruck insbesondere darin fand, dass die Elberfelder Gesellschaft mit dem Kelsterbacher Unternehmen, unter Beseitigung der bis dahin schwebenden Patentprozesse, in ein enges technisches Verhältnis trat, dessen Resultat es ist, dass die Fabrik in Kelsterbach heute die Elberfelder Verfahren gegen Lizenz frei benutzen darf und dass ihr alle weiteren technischen Fortschritte, die man in Elberfeld erzielt, zugute kommen. Die Patentstreitigkeiten mit Elberfeld drängten Kelsterbach zu diesem Arrangement, das allein Rettung zu versprechen schien. Die neuen Aktien von 1 540 000 *M* übernahm Elberfeld und behielt davon 810 000 *M*, um den Rest den bisherigen Aktionären der Kelsterbach-Fabrik zum Bezuge anzubieten. Damit glaubten letztere Aktionäre, aber auch die Oeffentlichkeit, die Leidensgeschichte der Kelsterbacher Gesellschaft abgeschlossen, die Sünden früherer Jahre durch Kapitalverlust und Verlust der Selbständigkeit ausreichend beglichen. Es kam anders. Es war wirklich eine allgemeine Ueberraschung, als in den letzten Wochen die Direktion der Vereinigten Kunstseidefabriken Aktien-Ges. erklärte, dass die Sanierung vom März 1913 bei weitem nicht dem tatsächlichen Abschreibungsbedürfnisse Genüge getan habe, zumal lästige Lieferungsverpflichtungen abgeschüttelt und Personal abgefunden werden musste. Erneut ist jetzt eine Unterbilanz von rund 1 000 000 *M* vorhanden, so dass eine wiederholte Zusammenlegung des Aktienkapitals von 3 auf nunmehr 2 000 000 *M* stattfinden soll. Man wirft dabei ganz von selbst die Frage auf, warum denn eigentlich zu Anfang 1913, als die Elberfelder Gesellschaft die Hand auf

Kelsterbach legte, nicht sofort energisch durchgegriffen habe. Fürchtete Elberfeld etwa, nicht zum Ziele der Angliederung und Konzernweiterung zu kommen, wenn man damals schon völlig reinen Tisch gemacht, den Aktionären das wirkliche Kostenmass der erforderlichen Bilanzbereinigung bekanntgeben hätte? Oder hat Elberfeld übereilt sich zu dem Geschäft entschlossen, ohne wirklich ausreichend den tatsächlichen Zustand in Kelsterbach festgestellt zu haben? Wie dem auch sein mag, es entspricht wirklich nicht der Stellung der Vereinigten Elberfelder Glanzstoff-Fabriken, dass sie die vor genau einem Jahr den ohnedies schon schwer getroffenen Aktionären der Kelsterbacher Gesellschaft einen grossen Teil der neuen Kunstseide-Aktien *à pari* anbot, jetzt, nach 12 Monaten für diese Aktien im Verhältnis von 3 zu 2 eine Zusammenlegung fordern muss. Gewiss wird hiervon auch der Teil des neuen und alten Aktienkapitals der Kelsterbacher Gesellschaft betroffen, der in den Besitz des Elberfelder Unternehmens übergegangen ist. Die Aktionäre der Vereinigten Glanzstoff-Fabriken Elberfeld und diese selbst können aber den entstehenden Ausfall viel leichter ertragen als die vielen Kleinaktionäre der Vereinigten Kunstseidefabriken Kelsterbach, und es ist doch keine Entschuldigung für Fehler, dass man unter ihnen selbst zu leiden hat. Wenn man fremdes Geld heranzieht, übernimmt man auch eine Verantwortung. Und diese Verantwortung sollte die Elberfelder Gesellschaft — schon, damit sie sich nicht der Vermutung aussetzt, sie wolle durch scharfes Operieren an Kelsterbach die Kleininteressenten dieses Unternehmens heraus drängen — meiner Auffassung nach dazu führen, die ganze Angelegenheit auf andere Weise als auf die jetzt vorgesehene zu erledigen: nämlich durch vollständige Uebernahme der Vereinigten Kunstseidefabriken Aktien-Gesellschaft. Das würde der Elberfelder Fabrik nicht allzuviel kosten, selbst wenn sie für die Aktien den Paristand, zu dem sie einen Teil des Kapitals im März 1913 anbot, bewilligen würde, da sie ja einmal selbst im Besitze eines erheblichen Bestandes an Kelsterbach-Aktien ist. Zum andern ist die Elberfelder Gesellschaft eine sehr hochrentierende und kräftige Gesellschaft, die ihr gegenwärtiges Kapital von 5 000 000 *M* — wenn sie sich die wenigen Aktien nicht leihweise beschaffen kann — nur unbedeutend erhöhen müsste, wenn sie durch Aktienaustausch unter Heranziehung ihres sehr grossen Aktienagios — der Aktienkurs steht jetzt auf etwa 600% — die Kelsterbacher Aktionäre abfinden würde. Rechnet man, dass etwa 2 000 000 *M* dieser letzteren Aktien im freien Verkehr sind, so würde ein Betrag von etwa 400 000 *M* neuen Elberfelder Aktien reichlich genügen, die ganze Kelsterbacher Affäre, die heute gewiss nicht vorteilhaft für Elberfeld ist, aus der Welt zu schaffen. Die Kelsterbacher Aktionäre würden bei einem solchen Umtauschgebot wahrscheinlich zugreifen, zumal sie eine sofort oder doch bald börsenfähige Aktie erhalten würden. Dann wäre auch Elberfeld dauernd eine Konkurrenz los, die sie freilich bisher nicht allzu sehr bedrückte.“

Gedanken über den Geldmarkt.

In London bleibt weiter der Gegensatz bestehen, der schon seit einigen Wochen auffallen muss, das ist auf der einen Seite die ständig ungünstige Gestaltung der Goldbewegung und auf der anderen die weichende Tendenz des Privatsatzes. Dabei ist es bemerkenswert, dass selbst die innerpolitischen Sorgen, die sonst nicht spurlos am Diskontmarkt vorübergehen, ohne Wirkung geblieben sind. Man kann diese Erscheinung eben nur so verstehen, dass die Banken und sonstigen Geldanleger im neuen Quartal grosse Rückflüsse und wenig passende Anlagegelegenheit erwarten und daher schon jetzt auf die Füllung des Portefeuilles bedacht sind. Andererseits wird aber die fremde Konkurrenz um das Gold nicht so tragisch genommen, weil man fest damit rechnet, zum Beginn des kommenden Vierteljahres den fremden Wettbewerb teilweise zurücktreten zu sehen und die eigenen Kassen dann wieder auffüllen zu können. Man hegt diese Hoffnung anscheinend um so mehr, als die Verhältnisse in Brasilien, besonders die ständig passive Handelsbilanz des Landes, noch grosse Exporte der dortigen Konversionskasse erwarten lassen. So sind schon in der letzten Zeit die Ansprüche Argentiniens teilweise von dort befriedigt worden und neuerdings sogar 400 000 Pfund nach Europa abgegangen, die in der Hauptsache vermutlich ihren Weg nach London finden werden. Das verbessert im Moment die Aussichten für die englische Goldversorgung, wenn es dafür auch die prekären Verhältnisse in Brasilien um so schärfer illustriert. Auch in der verflossenen Woche war wieder Russland in grösserem Umfange Konkurrent am Barrenmarkte und zahlte sogar bis $—/77.9\frac{1}{2}$, um andere Mitbewerber aus dem Felde zu schlagen. Wie die Frankfurter Zeitung meldet, handelt es sich bei diesen merkwürdigen Käufen, die zu einem Zeitpunkt unternommen werden, in dem sich die russische Valuta unter ihrer eigentlichen Münzparität bewegt, um Rimessen, zu deren Beschaffung sich die französischen Uebernehmer der letzten Eisenbahnleihe verpflichtet hätten. Dieser Zusammenhang kann aber keineswegs die Gewaltigkeit der Operation herabmindern, die darin liegt, das Gold von aussen her ins Land zu ziehen in einem Moment, wo die Bewegung der Valuten erkennen lässt, dass grosse aktuelle russische Zahlungsverpflichtungen an das Ausland bestehen. Es handelt sich hier anscheinend um einen Teil der Massnahmen, die zwischen Frankreich und Russland zur Erhöhung der russischen Kriegsbereitschaft vereinbart worden sind. Sollte aber die russische Ernte unbefriedigend ausfallen und demnach auch die diesjährige Exportkampagne hinter den Erwartungen zurückbleiben, so dürfte es Russland kaum gelingen, das auf so unnatürliche Weise herangezogene Gold im Lande zu behalten.

Am heimischen Markt hat sich nach dem Medio wenig verändert. Tägliches Geld ist weiter stark offeriert, und der Privatdiskont verharrt ungefähr auf dem Niveau der Vorwoche. Die Ultimoregulierung hat auf der Basis von ca. 5% eingesetzt, doch zeigt sich vereinzelt bei den Geldgebern auch Neigung, unter diesem Satz abzuschliessen. Bemerkenswert und bezeichnend für die Geldflüssigkeit des hiesigen Marktes ist es, dass die Devisenkurse in der letzten Zeit steigende Richtung eingeschlagen haben; es

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:¹⁾

<p>Freitag, 27. März 5⁷/₈—6%</p>	<p>Düsseldorfer Börse. — Ironmonger-Bericht. — Prämienklärung Berlin, Hamburg, Wien. — G.-V.: Deutsche Dampfschiffahrts-Ges. Kosmos, Hamburg-Amerika-Linie, Banca Commerciale Italiana, Norddeutsche Bank Hamburg, Union Bank Moskau, Allgem. Deutsche Credit-Anstalt, Bayerische Handelsbank, Schwarzburgische Hypothekenbank Sondershausen, Mathildenhütte, Arenbergsche Akt.-Ges. f. Bergbau u. Hüttenbetrieb, Königin Marienhütte, Bremer Wollwäscherei, Elektrotechnische Fabrik Rheydt Max Schorch, Akt.-Ges. für Chemische Industrie Gelsenkirchen-Schalke, Stuttgarter Strassenbahnen, Deutsche Zündholzfabriken-Ges. Lauenburg, A.-G. f. Automatischen Verkauf. — Schluss des Bezugsrechts Rheinische Schuckert-Ges.</p>	<p>Düsseldorfer Börse. — Lieferungstag Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M. — Ultimo-liquidation Paris. — G.-V.: Deutsche Bank, Bergisch Märkische Bank, Deutsche Ueberseeische Bank, Azow-Don Commerzbank, Dänische Landmannsbank, Neue Boden-Akt.-Ges., Rheinische Gerbu- u. Farbstofffabrik Gebr. Müller, Alsenische Portland-Cementfabriken, Leipziger Braunkohlenwerke Kulkwitz, Aachener Kleinbahn, Phönix Akt.-Ges. f. Braunkohlenverwertung, Dampfschiffahrts-Ges. Neptun. — Schluss der Einreichungsfrist Sächsische Pütsch- u. Krimmerfabrik Akt.-Ges., Einreichungsfrist Obligationen Zwickauer Elektrizitätswerk u. Strassenbahn, Einreichungsfrist Sächsische Dachsteinwerke vorm. Petrikowsky.</p>
<p>Dienstag, 31. März 5⁶/₈—5³/₄%</p>	<p>Dienstag, 31. März 5⁶/₈—5³/₄%</p>	<p>Essener Börse. — Berlins Getreidebestände. — Hamburger Kaffeevorräte. — Märzweise Grosse Berliner Strassenbahn, Allgemeine Berliner Omnibus-Ges., Elektrische Hoch- u. Untergrundbahn, Hamburger Strasseneisenbahn, Hamburg-Altonaer Centralbahn. — G.-V.: Dürener Bank, Hamburg-Bremer Afrika-Linie, Terrain-Akt.-Ges. Park Witzleben.</p>
<p>Mittwoch, 1. April 5¹/₈—5³/₈%</p>	<p>Mittwoch, 1. April 5¹/₈—5³/₈%</p>	<p>Essener Börse. — Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — Reichsbankausweise. — G.-V.: Dette Publique Hellenique, Norddeutscher Lloyd, Commerz- und Disconto-Bank, Rheinische Creditbank, Pfälzische Bank, Löbauer Bank, Märkische Bank Bochum, Consolidiertes Braunkohlenbergwerk Caroline, Allgemeine Deutsche Kleinbahn, Norddeutsche Jutespinnerei u. Weberei, Gross-Lichterfelder Bauverein.</p>
<p>Donnerstag, 2. April 4⁷/₈—5¹/₄%</p>	<p>Donnerstag, 2. April 4⁷/₈—5¹/₄%</p>	<p>Düsseldorfer Börse. — Ironmonger-Bericht. — Zahlungstag Paris, Wien. — Durrings Kaffeestatistik. — Märzweise Luxemburgische Prinz-Heinrich-Bahn. — G.-V.: Ludwig Löwe Akt.-Ges., Deutsche Waffen- u. Munitionsfabriken, Mecklenburgisch-Strelitzsche Hypothekenbank, Süddeutsche Diskont-Ges., Schöller & Eitorfer Kammgarnspinnerei, Grube Leopold b. Edderitz, Silesia Verein Chemischer Fabriken, Wittener Glashütten, Strassenbahn Hannover, Deutsche Linoleumwerke Hansa, Chemnitzer Aktien-Spinnerei, Chemin de fer de Paris-Lyon-Méditerranée.</p>
<p>Sonnabend, 28. März 5⁷/₈—6%</p>	<p>Sonnabend, 28. März 5⁷/₈—6%</p>	<p>Freitag, 3. April 4³/₄—5%</p>
<p>Freitag, 3. April 4³/₄—5%</p>	<p>Freitag, 3. April 4³/₄—5%</p>	<p>Freitag, 3. April 4³/₄—5%</p>
<p>Montag, 30. März 5³/₄—5⁷/₈%</p>	<p>Montag, 30. März 5³/₄—5⁷/₈%</p>	<p>Sonnabend, 4. April 4³/₄—5%</p>

¹⁾ Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Marktstage, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen. Unter dem Datum steht immer der Privatdiskont in Berlin vom selben Tag des Vorjahres.

Ausserdem zu achten auf:
Abschluss des Stahlwerksverbands, Oesterreichische Eisenbahnen.
Zulassungsanträge (in Mill. M.):
Berlin: 1 neue Aktien, 2 5% Obl.
Gerresheimer Glashüttenwerke, 30 4% Hyp.-Pfdbr.
Preussische Bodencredit-Akt.-Bank, 11 Anteilsscheine Neu-Guinea-

Co., 20 4/0 Kommunal-Obl. Deutsche Hypoth.-Bank. Hamburg: 21 1/4 5/0 Obl. Ungarische Lokaleisenbahn, 500 Kr. 4 1/2 0 Ungar. Staatsanleihe. Stettin: 2,31 Aktien Chemische Fabrik Pommersdorf. Frankfurt: 20 4/0 Hyp.-Pfdbr. Vereinsbank Nürnberg. Dresden: 0,250 Aktien Bautzener Brauerei und Mälzerei.

Verlosungen:

31. März: Braunschweiger 20 Tlr. (1868), Freiburger 50 Fr. (1887). 1. April: 4/0 Badische 100 Tlr. (1867), 3/0 Rotterdamer 100 Gld. (1868), 2 1/2 0 Stuhlw.-Raab-Grazer Eisenb. 100 Tl., 4/0 Theiss-Regulierung 100 Gld. (1880), 3/0 Türkische 400 Fr. (1870), 2 3/8, 3/0 Crédit foncier de Fr. (1879, 1880, 1891, 1899), desgl. 3/0 Pfdbr. (1909), 2 1/2, 3/0 Pariser 400 u. 300 Fr. (1894/96, 1912).

geht daraus hervor, dass Anlagen des Auslandes zum Ultimo in nennenswertem Umfange hier nicht erwartet werden. Besonders fest lag Scheck Paris; anscheinend waren in dieser Devise auf den sonst am Quartalschluss üblichen Rückgang hin stärkere Baisseengagements per Ende März eingegangen worden, die jetzt zur Deckung gelangen, da man, wie eben erwähnt, nicht mehr annimmt, dass sich grössere Summen von Paris aus zur Neuanlage im Quartal hierher wenden. Recht fest lag auch Scheck Wien. Es sieht aus, als ob auf die aus den letzten Anleihegeschäften hier entstandenen österreichischen Guthaben in der letzten Zeit von der Donau aus stärker disponiert worden ist. Auch die bevorstehende Emission österreichischer Schatzscheine, bei der eine grössere deutsche Beteiligung zu erwarten ist, dürfte bereits einen gewissen Einfluss auf die Kursgestaltung ausgeübt haben.

Justus.

Antworten des Herausgebers.

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Der Herausgeber des Plutus erteilt grundsätzlich keine Auskünfte über die Solidität und den Ruf von Firmen sowie über die Qualität von Wertpapieren. Alle hier wiedergegebenen Auskünfte sind nach bestem Wissen und eventuell nach eingehender Erkundigung bei Sachverständigen erteilt. Die Auskunfterteilung ist jedoch eine durchaus freiwillige Leistung des Herausgebers, für die er keinerlei vertragliches Obligo übernimmt.

L. S. in Posen. Anfrage: „1. In den Bilanzen der Terrain-, Bau- und Grundbesitz-Gesellschaften erscheinen auf der Aktivseite die im Besitz der Gesellschaft befindlichen Grundstücke, deren Wert meistens in einem Betrage angegeben ist, während sich auf der Passivseite die Summe der auf diesen Grundstücken lastenden Hypotheken befindet. Welcher Wert ist es nun, der diesen Grundstücken in den Bilanzen unter den Aktiven zugrunde gelegt wird? (Ankaufswert, amtlicher Taxwert usw.?) 2. Ferner würde ich Sie um Angabe der Literatur über die Inventarisierung von Gebäuden bitten.“

Antwort: 1. Ich habe mich wegen dieser Frage, um Sie darüber zu informieren, wie in der Praxis bilanziert wird, bei einer grossen Aktien-Gesellschaft erkundigt, von deren Direktion mir geschrieben wird: „Zu unterscheiden ist bei der Bilanzierung zwischen bebauten und unbebauten Grundstücken. Bezüglich der ersteren ist es üblich, sie zum Erwerbspreise einschliesslich Erwerbskosten — keinesfalls höher — in die Bilanz einzustellen, sofern nicht wertmindernde Gründe vorhanden sind, welche eine niedrigere Bewertung erforderlich erscheinen lassen. Etwa nötige Abschreibungen vom Gebäudewert sind jährlich vorzunehmen. Aussergewöhnliche Umbaukosten, welche die Rentabilität erhöhen, z. B. Einbau von Zentralheizung, Warmwasserversorgung, Fahrstuhl, können dem Buchwert zugeschlagen werden; dagegen sind laufende Reparaturen, Steuern und alle sonstigen Unkosten über Unkostenkonto zu verbuchen. Bei unbebauten Grundstücken gilt zunächst, dass auch hier der Erwerbspreis als Buchwert einzusetzen ist. Alle Aufschlussungskosten werden dem Buchwert zugeschlagen. In bezug auf gezahlte Hypothekenzinsen, Steuern und dergleichen ist die Praxis verschieden. Die Aufwendungen hierfür können dem Buchwert zugeschlagen werden, sofern letzterer nicht etwa dadurch den Marktwert übersteigt. Taxwerte werden der Bilanzierung von Grundstücken nicht zugrunde gelegt; es sei denn, dass die Taxen zu dem Zwecke aufgenommen sind, zu hoch erscheinende Buchwerte herabzusetzen.“ — 2. Lewin, Die Inventarisierung von Industrie- und Gewerbebetrieben (M 2,50).

K. W. in Meiningen. Anfrage: „Ihr „Plutus-Archiv“ macht keine speziell finanzwissenschaftlichen Werke namhaft und ich wäre Ihnen daher dankbar, wenn

Sie mir einige populär gehaltene einschlägigen Werke neueren und neusten Ursprungs, welche sich zum Selbststudium eigneten, bezeichnen würden.“

Antwort: Populär geschriebene finanzwissenschaftliche Werke sind u. a. Fellmeth: Grundzüge der Finanzwissenschaft (M 2,75). Pickhahn: Kleine Finanzwissenschaft (M 2). Kempin: Elemente des Finanzwesens (M 3). Die umfangreicheren empfehlenswerten Werke grundlegender Art über Finanzwissenschaft von Conrad, Eheberg, Heckel und Roscher — ganz abgesehen von Ad. Wagners vierbändiger Finanzwissenschaft — sind schon relativ schwer geschrieben.

F. S. in Düsseldorf. Anfrage: 1.) „Ich gestatte mir die Anfrage, ob Sie mir einige Werke nennen können, welche die gesamten Handelswissenschaften sowie die Handelsgeographie umfassen. 2.) Es liegt mir speziell daran, mich über die Marktverhältnisse der Handelsartikel, die von Deutschland nach Japan ausgeführt werden, und über die Marktverhältnisse der Handelsartikel, die von Japan nach Deutschland eingeführt werden, zu orientieren.“

Antwort: 1.) Ueber Handelswissenschaften etc. orientieren am besten: Maier-Rothschild: Handbuch der gesamten Handelswissenschaften 3 Bände (M 30,—). Sehr brauchbar ist auch das von Obst herausgegebene „Buch des Kaufmanns“ 2 Bände (M 24,—). 2.) Für den Handelsverkehr mit Japan ist vor kurzem ein sehr umfangreiches Werk erschienen, das Ihnen zweifellos sehr gute Dienste leisten wird. Es ist dies: O. Scholz und Dr. K. Vogt „Handbuch für den Verkehr mit Japan“ (M 20,—). Um ständig auf dem Laufenden über etwaige Veränderungen im japanischen Zolltarif und in der Marktlage zu sein, müssten Sie als Ergänzung noch regelmässig die vom Reichsamt des Innern herausgegebenen „Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft“, die an Interessenten kostenlos abgegeben werden, lesen. Zu empfehlen wäre auch die Lektüre der monatlich erscheinenden Veröffentlichungen der Kais. Konsulate und Handelssachverständigen, die unter dem Namen „Deutsches Handelsarchiv“ im Verlage von Ernst Siegfried Mittler & Sohn in Berlin erscheinen.

Plutus-Archiv. Chefs und Angestellte.

(Entscheidungen des Berliner Kaufmannsgerichts.)

§ 70 HGB.

Abfällige Bemerkungen über das Geschäft. Der Kläger ist entlassen worden, weil er nach der Behauptung der Beklagten geäußert habe, in der Bude sei nichts los — er habe damit das Geschäft gemeint — es gebe keine Schmussecken und nicht einmal einen Platz, wo man Bier trinken könne. Das Gericht verurteilt: es seien keine Gründe zur Entlassung gegeben. (Urteil der I. Kammer vom 10. März 1914.)

§ 286 ZPO.

Ungerechtfertigte Ablehnung des unter Eideszuschiebung angebotenen Beweises. Die Klägerin war auf einen Probemonat bis 31. Dezember engagiert. Der Beklagte behauptet, er habe ihr an diesem Tage gesagt, sie könne noch einen weiteren Monat zur Probe bleiben. Die Klägerin bestreitet dies; sie nimmt die gesetzliche Kündigungsfrist in Anspruch, da sie über den vereinbarten Probemonat hinaus ohne besondere Abrede beschäftigt worden sei; sie habe auf keinen Fall jene Auesseurung gehört, diese sei auch sicher vom Beklagten nicht getan. Dieser schiebt ihr den Eid darüber zu. Das Gericht verurteilt, ohne über den Eid zu erkennen: es habe auch, ohne dass Klägerin den Eid leiste, die Ueber-

zeugung gewonnen, dass sie nicht gehört habe, was der Beklagte gesagt habe. (Urteil der I. Kammer vom 10. März 1914.) — Die Entscheidung ist bedenklich. Das Gericht darf an sich einen angebotenen Beweis, so lange eine Behauptung noch streitig ist, nicht ablehnen. Der Klägerin mehr zu glauben als dem Beklagten lag kein Anlass vor. Aber offenbar wollte ihr das Gericht den Eid ersparen, weil sie erst 16 Jahre alt war. Indessen, wenn das Gericht glaubte, sie würde auch ohne Eid die Wahrheit sagen, so wäleten doch keine Bedenken ob, ihr den Eid abzunehmen, der nach der Prozesslage an sich hätte angenommen werden müssen.

§ 63 HGB.

Vertragsmäßiger Ausschluss des Gehaltsanspruchs für den Krankheitsfall. Nach einem Urteil der II. Kammer vom 12. Februar 1914 ist die Vereinbarung gültig, dass der Handlungsgehilfe für solche Tage, an denen er dem Geschäft fernbleibt, gleichviel ob wegen Krankheit oder aus einem andern Grunde, kein Gehalt erhalten solle. Das ist jetzt wohl auch die herrschende Ansicht beim Berliner Kaufmannsgericht, nur die III. Kammer pflegt § 63 für zwingendes Recht zu erklären.

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Kursberechnung aller an den deutschen Börsen notierten Dividendenpapiere zum Zwecke der Wehrbeitragserklärung. 2. Ausgabe. Kurse vom 31. Dezember 1913 mit und ohne Dividendenabschlag. Berlin, Januar 1914.

Berliner Börse. — Augsburger Börse. — Braunschweiger Börse. — Bremer Börse. — Breslauer Börse. — Kölner Börse. — Dresdner Börse. — Düsseldorfer Börse. — Essener Börse. — Frankfurter Börse. — Börse zu Halle a. S. — Hamburger Börse. — Börse zu Hannover. — Königsberger Börse. — Leipziger Börse. — Magdeburger Börse. — Mainzer Börse. — Mannheimer Börse. — Münchener Börse. — Stuttgarter Börse. — Zwickauer Börse.

Werkpensionskassen, Knappschaftskassen und ähnliche Einrichtungen in ihrer Bedeutung für Geld- und Kreditwesen. Von Privatdozent Dr. Adolf Günther, Berlin. Untersuchungen über das Volkssparwesen. Band 137, II. Teil. 3. Bd. der Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Im Buchhandel nicht erschienen. Verlag Duncker & Humblot, Leipzig, München.

Private Werkpensionskassen. — Die innere Struktur der Kassen. — Uebersicht über das Material. — Allgemeines über die Organisation der Kassen. — Grundvermögen der Kassen. — Mitgliedschaft. — Beitragsleistungen. — Rechtsstellung beim Ausscheiden aus dem Dienst, insbesondere Beitragsrückgewähr. — Leistungen der Kassen, insbesondere Bewegung des Mitglieder- und Pensioniertenstandes. — Allgemeines über die Verwaltung. — Die Geschäftsergebnisse der Kassen. — Pensionskassen der Gemeindeverwaltungen. — Knappschaftskassen.

Zeitschrift für Sozialwissenschaft. Begründet von Julius Wolf. Fortgeführt von Dr. Ludwig Pohle, Prof. der Staatswissenschaften an der Frankfurter Akademie 1914. Neue Folge. V. Jahrgang, Heft 1. Preis des Heftes 2,00 M. Leipzig, A. Deichertsche Verlagsbuchhandlung.

Neue Darstellungen der Geschichte der Volkswirtschaftslehre. Von L. Pohle. — Die Bevölkerungsentwicklung in Irland. I. Von F. Prinzing. — Grundbegriff, Aufgaben und Methode der Wissenschaft von der Volkswirtschaftspolitik. I. Von W. Hasbach.

Das Wirtschaftsjahr 1911. Jahresberichte über den Wirtschafts- und Arbeitsmarkt. Für Volkswirte und Geschäftsmänner, Arbeitgeber- und Arbeiter-Organisationen. Von Richard Calwer. Erster Teil: Handel und Wandel 1911. Preis brosch. 15,00 M., geb. 16,00 M. Jena 1913, Verlag von Gustav Fischer.

Entwicklung der Produktion. — Kartellwesen. — Die Lage des Arbeitsmarktes. — Streiks und Aussperrungen. — Landwirtschaft. — Bergbau. — Eisengewerbe. — Metalle und Maschinen. — Textilgewerbe. — Bekleidungs-, Nahrungs- und Genussmittelgewerbe. — Baugewerbe. — Geldmarkt. — Börse und Bankwesen. — Auswärtiger Handel. — Verkehrswesen. — Einkommen und Konsum. — Warenpreise. — Kurze Uebersicht der wirtschaftspolitischen Reichsgesetze — Chronik des Jahres 1911.

Die Chemische Industrie in Belgien, Holland, Norwegen und Schweden. Von Thomas H. Norton, Konsul der Vereinigten Staaten in Chemnitz i. S. Handels-sachverständiger des Department of Commerce and Labor. Mit Genehmigung des Verfassers ins Deutsche übertragen und ergänzt von Dr. H. Grossmann. Privatdozent an der Universität Berlin. Preis brosch. 4,00 M. Braunschweig 1914, Druck und Verlag von Friedr. Vieweg & Sohn.

Die chemische Industrie in Belgien. — Die Schwefelsäureindustrie. — Salpetersäure, Salzsäure und Natriumsulfat. — Superphosphat. — Guano und Thomasmehl. — Silicofluoride, Kupfersulfat, Kupfer. — Die Sodaindustrie. — Die Organisation der Solvaygesellschaft. — Kristallisierte Soda, Natriumbicarbonat, kausische Soda. — Chlorkalk. — Natriumsulfid, Sulfite, Magnesiumsulfat. — Alaun. — Phosphor, Phosphorsäure. — Mineralfarben. — Komprimierte

Gase, Bariumsulfat, Borax. — Arsenik, Zinkchlorid, Wasserstoffsperoxyd. — Zement. — Zündhölzer. — Gas. — Papier, Leuchtgas und Nebenprodukte. — Teerdestillation und Teerfarbenfabrikation. — Holzdestillation. — Gerbstoffextrakte. — Explosivstoffe. — Stärke, Leim und Gelatine. — Oel und Fette. — Margarine, Kerzen, Seife. — Firnisse und Lacke, Parfümerien und pharmazeutische Produkte. — Zuckerindustrie. — Berg- und Hüttenwesen. — Der Handelsverkehr in Chemikalien und verwandten Produkten zwischen Deutschland und Belgien. — Die chemische Industrie in Holland. — Die chemische Industrie in Norwegen. — Die chemische Industrie in Schweden

Kurstabellen der Norddeutschen Börsen 1913. III. Jahrgang. Zusammenstellung der monatlichen und jährlichen höchsten, niedrigsten und letzten Kurse von allen an den Börsen von Hamburg, Bremen und Hannover gehandelten Wertpapieren, Sorten und Wechsels sowie der Ultimo-Liquidations-Kurse. Anmerkungen über Kapital, Reserven, Zinsen und Dividenden. Preis 4,00 M. Berlin, Leipzig, Hamburg, Januar 1914, Verlag für Börsen- und Finanzliteratur A.-G.

Kurstabellen der Frankfurter Börse 1913. III. Jahrgang. Zusammenstellung der monatlichen und jährlichen höchsten, niedrigsten und letzten Kurse von allen an der Frankfurter Börse gehandelten Wertpapieren, Sorten und Wechsels sowie der Ultimo-Kompensations-Kurse. Anmerkungen über Kapital, Reserven, Zinsen und Dividenden nebst einem Verzeichnis der an der Frankfurter Börse zum Terminhandel zugelassenen Wertpapiere und der Stichtage der Ultimoliquidation. Preis 4,00 M. Berlin, Leipzig, Hamburg, Januar 1914, Verlag für Börsen- und Finanzliteratur A.-G.

Kurstabellen der Süddeutschen Börsen 1913. III. Jahrgang. Preis 4,00 M. Berlin, Leipzig, Hamburg, Verlag für Börsen- und Finanzliteratur A.-G. Zusammenstellung der monatlichen und jährlichen höchsten, niedrigsten und letzten Kurse von allen an den Börsen von München, Augsburg, Mannheim und Stuttgart gehandelten Wertpapieren, Sorten und Wechsels. Anmerkungen über Kapital, Reserven, Zinsen und Dividenden.

Industrie-Förderung. Nach einem im Verein österreichischer Chemiker in Wien gehaltenen Vortrag. Von Dr. R. Escalles in München. Preis brosch. 1,20 M. Stuttgart 1914, Verlag von Ferdinand Enke.

Die Zukunft der Verbrauchssteuern in Deutschland. Von Geh. Reg.-Rat Dr. Julius Lissner, Berlin. Heft 9 der Finanzwirtschaftlichen Zeitfragen. Preis brosch. 2,00 M. Stuttgart 1914, Verlag von Ferdinand Enke.

Wehrbeitrag und Lage. — Direkte Steuern, Reich, Einzelstaaten und Kommunen. — Getränke- und Cigarettenbesteuerung. — Luxus und Wertzoll.

Konjunktur und Eisenbahnen. Von Offenberg, Wirkl. Geh. Ober-Reg.-Rat und Ministerialdirektor des Kgl. preussischen Ministeriums der öffentlichen Arbeiten, Berlin. 10. Heft der Finanzwirtschaftlichen Zeitfragen. Preis brosch. 2,00 M. Stuttgart 1914, Verlag von Ferdinand Enke.

Vorbemerkung. — Die Eisenbahnen und die grossen Kulturwegen. — Die Betriebsergebnisse der gesamten deutschen Bahnen. — Die Betriebsergebnisse der preussischen Bahnen. — Die Eisenbahnen und die kleineren Konjunkturwellen. — Die Einwirkung der Eisenbahnen auf die Konjunktur. — Ausblick.

Deutscher Börsen-Kalender und Effekten-Handbuch 1914. 51. Jahrgang. Beilage zur „Frankfurter Zeitung“. Preis 2,00 M. Frankfurt a. M., Selbstverlag der Societäts Druckerei Ges. m. besch. Haftung.

Aulehenslose. — Auszahlung anderer Lose. — Zahlstellen von Losen. — Gezogene Serien. — Allg. Verlosungsregister. — Notizen über Coupons. — Russ. Zollicoupons. — Dividenden von Aktiengesellschaften. —

Emissionen im Jahre 1913. — Ergänzung zum Frankfurter Kursblatt. — Abschlüsse von Aktiengesellschaften. — Kursschwankungen im Jahre 1913. — Kompensationskurse der Frankfurter Börse im Jahre 1913. — Warenpreisschwankungen im Jahre 1913. — Rentabilität der festverzinslichen Anlagewerte. — Liquidationstage der Börsen von Frankfurt, Berlin, Hamburg, Genf, Wien, Brüssel, Basel, Zürich, London. — Paritäten-Tabellen. — Umrechnungstabellen. — Silberpreis in London und Frankfurt a. M. — Eisenbahn-Einnahmen. — Gebührensätze der Reichsbank-Angestelltenversicherung.

Deutsches Petroleum-Monopol und Welt-Petroleum-Markt. In letzter Stunde noch ein Wort zum deutschen Leuchtöl-Projekt. Von A. Germanicus. 1914, Politik, Verlagsanstalt und Buchdruckerei, G.m.b.H., Berlin W 57.

Die Versorgungsfrage. — Galizien. — Russland. — Rumänien. — Amerika. — Rekapitulation. — Die Qualitätsfrage. — Die Einkaufspreise des Monopols. — Die Verschiffungskosten. — Resümee.

Deutschlands Bergwerke und Hütten. Jahrbuch der gesamten Montan- und Hütten-Industrie Deutschlands. 11. Jahrgang 1913/14, mit einem Lebensabriss und Bildnis von Emil Kirdorf. Band I und II gebd. 15,00 M. Berlin 1914, Verlag von Hermann Meusser.

Band I umfassend Gesamt-Verzeichnis der Steinkohlen-, Braunkohlen-, Kali-, Salz-, Blei-, Silber-, Kupfer-, Erz- und anderen Bergwerke. (Mit Nebenbetrieben, wie: Brikett-, Teer-, Paraffin-, Benzol- und chemischen Fabriken, Aufbereitungen, Wäschchen.) Erdölbetriebe, Salinen, Bohrgesellschaften im Besitze von Aktiengesellschaften, Gewerkschaften G. m. b. H., Kommanditgesellschaften, Privaten usw. — Bergbehörden, Syndikate, Vereine und Verbände, Bildungsanstalten usw. — Band II umfassend: Die Eisen- und Metallhütten, Hochöfen, Eisengiessereien, Schweiss- und Flusseisen- sowie Stahlbetriebe, Metallgiessereien, Walzwerke usw. innerhalb Deutschlands; ferner die mit berg- und hüttenmännischen Betrieben liierten Maschinenfabriken sowie die Grossbanken in alphabetischer Ordnung. Eisen- und Stahlverbände, Syndikate, Vereine, Berufsgenossenschaften, Verzeichnis der Werke nach Seiten registriert u.s.w.

Grundlagen und Ursachen der industriellen Entwicklung Ungarns. Nebst einem Anhang über die wirtschaftswissenschaftliche Literatur Ungarns. Von Dr. jur. et phil. Wilhelm Offergeld. Mit 64 Tabellen und 13 graphischen Darstellungen. Nr. 17 der Probleme der Weltwirtschaft. Schriften des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Herausgegeben von Prof. Dr. Bernhard Harms. Preis brosch. 9,00 M. Jena 1914, Verlag von Gustav Fischer.

Tatsachen der industriellen Entwicklung Ungarns. — Die Entwicklung im allgemeinen. — Uebersicht über die wichtigsten Industrien. — Zusammenfassung. — Grundlagen der industriellen Entwicklung Ungarns. — Urproduktion. — Arbeiterverhältnisse. — Verkehrsverhältnisse. — Ursachen der industriellen Entwicklung Ungarns. — Die politischen Verhältnisse. — Die handelspolitischen Verhältnisse. — Die relative Uebervölkerung. — Industriepolitik, insbesondere die staatliche Industrieförderung. — Die Finanzierung der ungarischen Industrie. **Zeitschrift für Handelswissenschaft und Handelspraxis.** Mit dem Beiblatt: Der Kaufmann und das Leben. Herausgeber der Zeitschrift: Dr. Herm. Rehm, Dr. H. Nicklisch, Dr. Georg Obst, Regierungsrat A. Schmid, des Beiblatts: Dr. Arthur Schröter. Bezugspreis vierteljährlich 3,00 M. Heft 11, Februar 1914, 6. Jahrgang. Leipzig, Verlag Carl Ernst Poeschel.

Selbstkosten plus 10 Prozent. Von Joh. Kempkens, Köln. — Die Versand-Abteilung im Fabrikbetriebe. Von Carl Redtmann, Berlin. — Statistische Arbeiten im Bankgewerbe, mit besonderer Berücksichtigung von Genossenschaftsbanken. Von Bankprokurist A. Martin, Cassel. — Die Bibliographie der Sozialwissenschaften.

Von Prof. Dr. Jos. Hellauer, Berlin. — Das Hollerith-System. Von Georg Vix, Berlin. — Ueber eine Abart der italienischen Buchführung. Von Dir. J. Oberbach, Köln. — Die Wiener Börse. Von Prof. Jos. Hertl, Wien. — Kaufmännischer Nachwuchs. Von Prof. Dr. A. Schröter, Mannheim. — Mexiko und die Vereinigten Staaten von Amerika. Von Wilhelm Burkin, Berlin. — Zur Psychologie der Reklame. Von Dr. M. Picard, Heidelberg. — Bücherbesprechungen.

Was ist uns Zentral-Afrika? Wirtschafts- und verkehrspolitische Untersuchungen. Von Emil Zimmermann. Mit vier Bildertafeln und 2 Karten in Steindruck. Preis brosch. 3,00 M. Berlin 1914, Ernst Siegfried Mittler & Sohn.

Was ist die Zentralafrikafrage? — Belgische Bestrebungen in der zentralafrikanischen Verkehrsfrage. — Die Verkehrskonkurrenz am Tanganjikasee. — Die Stärke der Hauptkonkurrenten am Tanganjikasee. — Eine neue Absperrungspolitik und ihre Folgen. — Die Aufgabe Deutsch-Afrikas im zentralafrikanischen Verkehr. — Die voraussichtliche Entwicklung des zentralafrikanischen Verkehrs nach der Ostküste. — Die Entwicklung an der Westküste. — Weitere Entwicklung in Kamerun. — Beilagen.

Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie. Bericht der Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin. Jahrgang 1913. Band I und II 10,00 M. Band II erscheint erst im Sommer 1914. Berlin 1914, Verlag von Georg Reimer.

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung. — Der Charakter des Wirtschaftsjahres 1913. — Auswärtige Politik. — Aussen- und Kolonialhandel. — Technische Fortschritte. — Die wirtschaftliche Entwicklung in Berlin und dem Korporationsbezirk. — Die gegenwärtige Lage des amerikanischen Wirtschaftslebens. — Wirksamkeit der Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin. — Gesetzgebung und Verwaltung. — Innere Angelegenheiten der Korporation. — Gesetzgebung und Verwaltung im allgemeinen. — Privatrecht und Rechtspflege. — Steuern und Verbrauchsabgaben. — Gewerbeordnung und Verwandtes. — Gesetzgebung gegen Verfälschung und Verwandtes. — Patent, Muster- und Markenschutz. — Ausstellungen. — Masse und Gewichte. — Geldwesen. — Börsenwesen. — Kaufmännisches Bildungswesen. — Verschiedenes. — Verkehrs-wesen. — Zoll- und Handelspolitik. — Denkschriften, Petitionen usw. — Aenderungen in Eisenbahntarifen. — Aenderungen in Zolltarifen. — Aenderungen in Verbrauchsabgaben. — Besuch der Berliner Börsenversammlungen. — Disziplinarverfahren wegen Börsenbesucher in 1913. — Die Schiedsgerichte bei der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin in 1913. — Verzeichnis der im Jahre 1913 an der Berliner Börse neu zugelassenen Wertpapiere.

Die Staatswissenschaften und ihr Standort im Universitätsunterricht. Rede beim Antritt des Rektorats der Ludwig-Maximilians-Universität. Gehalten am 6. Dezember 1913 von Dr. Georg von Mayr. J. Lindauersche Universitätsbuch. (Schöpping), München.

Generalversammlungen.

(Die erste Zahl hinter dem Namen der Gesellschaft gibt den Tag der Generalversammlung an, die zweite den Schluss-termin für die Aktienanmeldung und die dritte den Tag der Bekanntmachung im Reichsanzeiger. Der Ort ist der Generalversammlungsort. Unsere Aufstellung enthält die Generalversammlungen sämtlicher deutscher Aktiengesellschaften.)

Actien-Baugesellschaft „Rheinclub“ i. L., Rüdeshelm a. Rh., 4. 4., —, 20. 3. ● A.-G. Dresdner Gasmotorenfabrik vorm. Moritz Hille, Dresden, 8. 4., —, 16. 3. ● A.-G. Emscherhütte, Eisengiesserei und Maschinenfabrik, Duisburg-Ruhrort, 9. 4., 4. 4., 16. 3. ● A.-G. Kathol. Gesellenhaus, Ahrweiler, 7. 4., —, 20. 3. ● A.-G. Lokalbahn Lam-Lötzing, Lam, 6. 4., —, 2. 3. ● A.-G. Seebad Kahlberg, Elbing, 31. 3., —, 16. 3. ● A.-G. Schellenberger Baubank, Augustusburg i. Erzgeb., 23. 3., —, 14. 3. ● A.-G. Teatr Polski w ogrodzie Potockiego w Poznaniu, Posen, 7. 4., —, 17. 3. ● A.-G. für Eisenbahn- und Militärbedarf, Weimar, 7. 4., 4. 4., 18. 3. ● A.-G. für Kohlensäure-Industrie, Berlin, 9. 4., 6. 4., 17. 3. ● A.-G. für Mühlenbetrieb in Neustadt an der Hardt, 7. 4., 4. 4., 14. 3. ● A.-G. für Trikotweberei vorm. Gebr. Mann, Ludwigshafen a. Rh., 8. 4., —, 18. 3. ● A.-G. für Verkehrs-wesen, Berlin, 8. 4., 2. 4., 11. 3. ● A.-G. für Zentralheizungen, Berlin, 9. 4., —, 10. 3. ● A.-G. zur Gewinnung und Aufbereitung von Kupfererzen, Berlin, 31. 3., —, 16. 3. ● „Albingia“ Hamburg-Düsseldorfer Vers.-A.-G., Hamburg, 31. 3., 28. 3., 14. 3. ● Alkaliwerke Sigmundshall, A.-G. in Bokeloh b. Wunstorf, Hannover, 28. 3., —, 16. 3. ● Allgemeine Gas-A.-G., Magdeburg, 4. 4., 3. 4., 17. 3. ● Allgemeine Lokal- und Strassenbahn-Gesellschaft, Berlin, 6. 4., 2. 4., 14. 3. ● Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft für See-, Fluss- und Landtransport, Dresden, 9. 4., —, 16. 3. ● Amme, Giesecke & Konegen, A.-G., Braunschweig, 8. 4., 5. 4., 18. 3. ● Anhaltische Portland-Cement- und Kalkwerke A.-G. Nienburg, Halle an d. Saale, 8. 4., 4. 4., 19. 3.

Bahnhoofsbrücken-Gesellschaft, Zeitz, 6. 4., 6. 4., 18. 3. ● Banca Generala Romana, Bukarest, 4. 4., 29. 3., 17. 3. ● Bank Zwiasku Spółek Zarobkowych, Posen, 2. 4., 24. 3., 16. 3. ● Bank für Handel und Industrie, Darmstadt, 6. 4., 2. 4., 14. 3. ● Bau-A.-G. am Neumarkt, Leipzig, 6. 4., 2. 4., 13. 3. ● Baummaschinenfabrik Bünger A.-G., Düsseldorf, 9. 4., 6. 4., 18. 3. ● Baumwollspinnerei Speyer a. Rh., 7. 4., 3. 4., 4. 3. ● Bauterrain-A.-G., Ludwigshafen a. Rh., 8. 4., 7. 4., 14. 3. ● „Bellthal“, Moselsprudel-A.-G.,

Traben-Trarbach, 9. 4., —, 14. 3. ● Bergwerks-Gesellschaft Dahlbusch, Aachen, 15. 4., 10. 4., 6. 3. ● Berliner Kronen-Brauerei A.-G., Berlin, 8. 4., 6. 4., 17. 3. ● Berliner Lloyd A.-G., Berlin, 6. 4., —, 11. 3. ● Berliner Makler-Verein, Berlin, 8. 4., 4. 4., 13. 3. ● H. Berthold, Messinglinienfabrik und Schrifgiesserei, A.-G., Berlin, 6. 4., 1. 4., 16. 3. ● Bohrbrunnenbau- und Wasserversorgungs-A.-G., vorm. L. Otten, Grünberg, Neumünster i. H., 8. 4., 2. 4., 13. 3. ● Brauerei Krumm & Reiner, A.-G. Waldkirch i. Br., Freiburg i. Br., 4. 4., 1. 4., 16. 3. ● Bremer Oelfabrik Wilhelmshurg, Bremen, 4. 4., 31. 3., 14. 3. ● Breslauer Odd-Fellow-Hallenbau-A.-G., Breslau, 31. 3., —, 14. 3. ● Bröhlthaler Eisenbahn-A.-G., Köln, 9. 4., 6. 4., 11. 3. ● Bromberger Schlepsschiffahrt-A.-G., Bromberg, 8. 4., 4. 4., 12. 3. ● Buderussche Eisenwerke Wetzlar, Frankfurt a. M., 8. 4., 4. 4., 14. 3. ● Buirer Walzenmühle A.-G., vorm. L. & A. Kolping, Köln, 6. 4., —, 6. 3.

Centralheizungswerke A.-G., Hannover, 8. 4., 6. 4., 17. 3. ● „Ceres“ Maschinenfabrik A.-G., vorm. Felix Hübner, Liegnitz, 7. 4., 4. 4., 16. 3. ● Chemins de fer de Paris à Lyon et à la Méditerranée, Paris, 3. 4., 25. 3., 16. 3. ● Chemische Fabrik Plauen A.-G., Plauen, 6. 4., 3. 4., 18. 3. ● China-Export, Import- und Bank-Compagnie, Hamburg, 9. 4., —, 12. 3. ● Continentale Pegamoid-A.-G. St. Tönis b. Krefeld-Brüssel, Brüssel, 26. 3., —, 18. 3. ● Crefelder Strassenbahn A.-G., Crefeld, 7. 4., 4. 4., 16. 3. ● Crusauer Kupfer- und Messingfabrik A.-G., Hamburg, 7. 4., 4. 4., 18. 3.

Dampfschiffahrtsgesellschaft Argo, Bremen, 28. 3., 25. 3., 20. 3. ● Dampfschiffahrtsgesellschaft für den Nieder- und Mittelrhein, Düsseldorf, 8. 4., 5. 4., 2. 3. ● Deutsche Dampfschiffahrts-Gesellschaft Kosmos, Hamburg, 27. 3., 23. 3., 16. 3. ● Deutsche Futtermittel-Fabrik, Abt. Kiel, A.-G. Gaarden, Kiel, 7. 4., —, 16. 3. ● Deutsche Levante-Linie, Hamburg, 9. 4., 4. 4., 17. 3. ● Deutsche Michelin-Pneumatic-A.-G., Frankfurt a. M., 4. 4., 1. 4., 2. 3. ● Deutsche Rück- und Mitversicherungs-Gesellschaft, Berlin, 2. 4., —, 16. 3. ● Deutsche Transport-Versicherungs-Gesell-

schaft, Berlin, 2. 4., —, 16. 3. ● Deutsche Waggon-Leihanstalt A.-G., Berlin, 7. 4., —, 13. 3. ● Deutscher Phönix, Vers.-A.-G., Frankfurt a. M., 8. 4., 5. 4., 16. 3. ● F. Dippe, Maschinenfabrik A.-G., Schladen, 7. 4., 4. 4., 10. 3. ● Domland-Gesellschaft i. Liqu., Breiten, 6. 4., —, 20. 3. ● Duncans Leinen-Industrie-A.-G., Löbau i. Sa., 7. 4., —, 9. 3. ● Dürener gemeinnützige Baugesellschaft, Düren, 9. 4., —, 16. 3. ● Dürener Metallwerke A.-G., Berlin, 7. 4., 3. 4., 10. 3. ● Düsseldorf Röhrenindustrie, Düsseldorf, 9. 4., 6. 4., 11. 3. ● Düsseldorf Thonwarenfabrik A.-G., Düsseldorf, 7. 4., 3. 4., 11. 3. ● Duxer Porzellan-Manufactur-A.-G., vorm. Ed. Eichler, Berlin, 7. 4., 3. 4., 17. 2.

Ebersbacher Bank A.-G., Ebersbach, 6. 4., —, 18. 3. ● Eisenacher Terrain-Baugesellschaft, Eisenach, 4. 4., 2. 4., 16. 3. ● Eiserfelder Walzenmühle A.-G., Siegen, 8. 4., —, 14. 3. ● Electricitätswerke-Betriebs-A.-G., Dresden, 22. 4., 16. 4., 13. 3. ● Electricitätswerk Eisenach, 7. 4., 4. 4., 19. 2. ● Essener Credit-Anstalt, Essen-Ruhr, 6. 4., 31. 3., 2. 3.

Frankfurter Gütereisenbahn-Gesellschaft, Breslau, 6. 4., 3. 4., 14. 3. ● Frankfurter Hof, A.-G., Frankfurt a. M., 9. 4., 6. 4., 16. 3. ● Frankfurter Rückversicherungs-Gesellschaft, Frankfurt a. M., 8. 4., 5. 4., 16. 3. ● „Freia“, Bremen-Hannoversche Lebensversicherungs-Bank A.-G., Bremen, 6. 4., 3. 4., 14. 3. ● Fürstentümer-Zeitung A.-G., Köslin, 31. 3., 30. 3., 16. 2.

Gasapparat- und Gusswerk-A.-G., Mainz, 9. 4., 3. 4., 16. 3. ● Gemeinnützige Baugesellschaft, Hildesheim, 30. 3., —, 14. 3. ● Gemeinnütziger Bauverein, A.-G., Saarbrücken, 28. 3., —, 14. 3. ● Gemeinnütziger Bauverein für Reuss j. L., A.-G., Gera, 31. 3., —, 16. 3. ● Gesellschaft für Brauerei, Spiritus- und Presshefe-Fabrikation vorm. G. Sinner, Karlsruhe-Grünwinkel, 6. 4., —, 19. 3. ● Gewerbebank Böblingen, Böblingen, 6. 4., —, 18. 3. ● Grundstücks-A.-G., Berlin, 16. 4., 12. 4., 19. 3. ● Grünsteinwerke Rentzschmühle A.-G., Greiz i. V., 16. 4., 11. 4., 17. 3.

Hafen-Dampfschiffahrt A.-G., Hamburg, 6. 4., 4. 4., 20. 3. ● Hamburgische-Amerikanische Paketfahrt-A.-G., Hamburg, 27. 3., —, 18. 3. ● Hannoversche Gummiwerke „Excelsior“, A.-G., Hannover-Linden, 7. 4., 6. 4., 19. 3. ● Hanseatische Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Lübeck, 8. 4., —, 28. 2. ● Harzer Werke zu Rübeland und Zorge, Blankenburg am H., 7. 4., 2. 4., 14. 3. ● Hermannmühlen-A.-G. zu Posen, Posen, 7. 4., 3. 4., 13. 3. ● Hildesheimer Badehallen, Hildesheim, 16. 4., —, 10. 3. ● Hoettger-Waldthausen A.-G., Berlin, 6. 4., 3. 4., 16. 3. ● Houben Sohn, Carl, A.-G., Aachen, 4. 4., —, 18. 3. ● Hüttenwerk, Eisengiesserei und Maschinenfabrik Michelstadt, Frankfurt a. M., 18. 4., 15. 4., 16. 3.

Ilmenauer Porzellanfabrik A.-G., Ilmenau, 7. 4., 5. 4., 12. 5. ● Industriewerke A.-G., Landsberg am Lech, 6. 4., 5. 4., 20. 3.

Kaliwerke Aschersleben, Berlin, 7. 4., 4. 4., 19. 3. ● Kaliwerke Friedrichshalle A.-G., Berlin, 8. 4., 4. 4., 12. 3. ● Kaliwerke Grossherzog von Sachsen A.-G., Köln, 8. 4., 4. 4., 20. 3. ● Kaliwerke Salzdettfurth A.-G., Berlin, 7. 4., 3. 4., 13. 3. ● Kammgarn-Spinnerei Bictigheim, Stuttgart, 31. 3., 28. 3., 14. 3. ● Kammgarnspinnerei Kaiserslautern, Kaiserslautern, 8. 4., —, 13. 3. ● Kieler Land- und Industrie-A.-G., Kiel, 8. 4., 3. 4., 12. 3. ● Kleinbahn-A.-G., Osterburg—Deutsch-Pretzell, Osterburg, 4. 4., 1. 4., 16. 3. ● Kölner Tattersall A.-G., Köln, 3. 4., —, 17. 3. ● Königsberger Immobilien- und Baugesellschaft i. L., Königsberg i. Pr., 6. 4., 1. 4., 25. 2. ● Königsberger Vereinsbank, Königsberg i. Pr., 7. 4., 4. 4., 10. 3. ● Kostheimer Cellulose- und Papierfabrik A.-G., Mainz-Kostheim, 8. 4., 4. 4., 10. 3.

Landeshuter Bisquit- und Keksfabrik H. L. Klein A.-G., München, 8. 4., 5. 4., 12. 3. ● Lehnkering

& Cie., A.-G., Duisburg, 8. 4., 2. 4., 11. 3. ● Leipziger Düngerelexport-A.-G., Leipzig, 6. 4., —, 16. 3. ● Lindwurmhof A.-G., München, 7. 4., 4. 4., 14. 3. ● Lübecker Badeanstalt A.-G., Lübeck, 4. 4., —, 16. 3. ● Lüttringhauser Bank A.-G., Lüttringhausen, 7. 4., 5. 4., 20. 3.

Maschinenfabrik C. Blumwe & Sohn, A.-G., Bromberg-Prinzenthal, 9. 4., 5. 4., 13. 3. ● Maschinen- und Werkzeugfabrik-A.-G., vorm. Aug. Paschen, 6. 4., 1. 4., 14. 3. ● Mecklinghäuser Marmor- und Kalk-Industrie-A.-G., Siegen, 6. 4., —, 2. 3. ● Metallhütte A.-G., Duisburg, 9. 4., 5. 4., 13. 3. ● Metallwarenfabrik vormals Max Dannhorn A.-G., Nürnberg, 9. 4., 3. 4., 20. 3. ● Metallwerke A.-G., vorm. Luckau & Steffen, Hamburg, 6. 4., 1. 4., 10. 3. ● Metallwerke vorm. J. Aders, A.-G., Magdeburg, 8. 4., 7. 4., 9. 3. ● Edmund Master & Co., A.-G., Zagreb, 29. 3., 23. 3., 17. 3. ● Mülheimer Bank, Mülheim (Ruhr), 8. 4., 4. 4., 6. 3. ● Mülheimer Bergwerks-Verein, Mülheim (Ruhr), 8. 4., 3. 4., 14. 3.

Nassau-Selterser Mineralquellen-A.-G., Limburg (Lahn), 5. 4., —, 3. 3. ● Neu-Finkenkrug Terrain-A.-G., Berlin, 8. 4., 4. 4., 13. 3. ● Neue Dampfer-Compagnie, Stettin, 28. 3., 25. 3., 18. 3. ● Neue Tageszeitung, Druckerei und Verlag, A.-G., Friedberg, 30. 3., —, 14. 3. ● Norddeutsche Creditanstalt, Königsberg in Pr., 8. 4., 3. 4., 5. 3.

Oberhohndorf—Reinsdorfer Kohlisenbahn, Zwickau, 8. 4., —, 19. 3. ● Oberschlesische Holz-Industrie-A.-G., Beuthen (O.-S.), 6. 4., 31. 3., 24. 2. ● Offenbacher Portland-Cement-Fabrik A.-G., Heidelberg, 6. 4., 3. 4., 14. 3. ● Optische Werke A.-G., vorm. Carl Schütz & Co., Cassel, 30. 3., 27. 3., 14. 3. ● Ostbank für Handel und Gewerbe, Posen, 4. 4., 28. 3., 20. 3.

Paderborner Elektrizitätswerk und Strassenbahn-A.-G., Paderborn, 3. 4., 31. 3., 14. 3. ● Papierfabrik Sebnitz, Dresden, 15. 4., 8. 4., 26. 2. ● Paragon-Kassenblock-A.-G., Berlin, 7. 4., 4. 4., 17. 3. ● Passage-Kaufhaus A.-G., Berlin, 8. 4., 6. 4., 14. 3. ● Emil Pinkau & Co. A.-G., Leipzig, 9. 4., 6. 4., 17. 3. ● Planiawerke, A.-G. für Kohlenfabrikation, Ratibor (O.-S.), Berlin, 6. 4., 3. 4., 16. 3. ● Portland-Cementfabrik Hemmoor, Hannover, 11. 4., 8. 4., 14. 3. ● Portland-Cementwerke Heidelberg & Mannheim A.-G., Heidelberg, 6. 4., 3. 4., 14. 3. ● Portland-Cement- und Kalkwerke „Anna“, A.-G., Neubeckum, Münster i. W., 4. 4., 2. 4., 17. 3. ● Moritz Prescher Nchf., A.-G., Leipzig, 6. 4., 31. 3., 3. 3.

Rheinisch-Westfälische Schlachtbau-A.-G., Essen-Ruhr, 4. 4., 1. 4., 14. 3. ● Rheinische Bank, Essen, 8. 4., 3. 4., 17. 3. ● Rütgerswerke A.-G., Berlin, 6. 4., 3. 4., 17. 3. ● Ruwerschiefer A.-G., Trier, 8. 4., —, 7. 3.

Sächsische Rückversicherungs-Gesellschaft Dresden, 9. 4., —, 16. 3. ● Saganer Wollspinnerei und Weberei, Berlin, 28. 4., 24. 4., 9. 3. ● Saline Ludwigshalle zu Wimpfen a. Neckar, 3. 4., —, 19. 3. ● Sektellerei Wachenheim A.-G., Stuttgart, 7. 4., 4. 4., 16. 3. ● Semmler & Bleyberg, A.-G., Berlin, 8. 4., 6. 4., 14. 3. ● Spar- und Vorschuss-Verein A.-G., Neuenkirchen, 4. 4., —, 20. 3. ● Spar- und Vorschuss-Verein zu Mohorn A.-G., Mohorn, 7. 4., —, 13. 3. ● Speditions-Verein Mittelbische Hafen- und Lagerhaus-A.-G., Dessau, 9. 4., 6. 4., 13. 3. ● Speditions- und Elbschiffahrts-Kontor A.-G. zu Schönebeck vorm. C. Fritsche, Schönebeck, 6. 4., 2. 4., 6. 3. ● Spinnerei und Weberei Steinen A.-G., Basel, 7. 4., 3. 4., 26. 2.

Schlesische Dampfer-Compagnie A.-G., Berlin, 6. 4., 3. 4., 14. 3. ● Schwarzwälder Steingutfabrik A.-G., Hornberg, 6. 4., 3. 4., 18. 3.

Stahl & Federer A.-G., Stuttgart, 4. 4., 1. 4., 14. 3. ● Stellawerk A.-G., vorm. Wilisch & Co., Homburg-Niederrhein, Duisburg, 9. 4., 6. 4., 19. 3. ● „Sturm“-Fahrrad-Werke, vorm. R. Meisezahl, A.-G., Mannheim, 4. 4., —, 19. 3. ● Stuttgarter Gemeinnützige

Baugesellschaft, Stuttgart, 31. 3., 28. 3., 14. 3. ● Stuttgarter Vereinsbuchdruckerei A.-G., Stuttgart, 4. 4., —, 19. 3.

Terrain - A. - G. München - Schwabing, München, 7. 4., 4. 4., 13. 3. ● Terrain-A.-G. Nieder-Schönhausen, Berlin, 6. 4., 3. 4., 27. 2. ● Terrain-Gesellschaft Blexersaude A.-G., Nordenham, 4. 4., 1. 4., 18. 3. ● Terrain-Gesellschaft Dresden-Süd, Dresden, 8. 4., 5. 4., 17. 3. ● Thüringer Gasgesellschaft, Leipzig, 30. 3., 25. 3., 14. 3. ● Transatlantische Güterversicherungs-Gesellschaft, Berlin, 8. 4., —, 16. 3. ● Triptis A.-G., Dresden, 9. 4., 2. 4., 12. 3.

Union Allgemeine Versicherungs-A.-G., Berlin, 8. 4., 6. 4., 18. 3. ● Unionwerke A.-G., Fabriken für Brauerei-Einrichtungen, Mannheim, 9. 4., 7. 4., 16. 3.

Verein Chemischer Fabriken, Mannheim, 11. 4., 7. 4., 18. 3. ● Vereinigte Bugsi- und Frachtschiffahrt-Gesellschaft, Hamburg, 3. 4., —, 19. 3. ● Ver-

einigte Fränkische Schuhfabriken vorm. Max Brust — vormals B. Bernus, Nürnberg, 8. 4., 5. 4., 7. 3. ● Vereinigte Smyrna-Teppich-Fabriken A.-G., Coblenz, 8. 4., 5. 4., 18. 3. ● Voigt & Haeffner A.-G., Frankfurt a. M., 8. 4., 4. 4., 10. 3.

Waffenfabrik Mauser A.-G., Berlin, 6. 4., 31. 3., 16. 3. ● Waggon- und Maschinenfabrik A.-G., vorm. Busch, Dresden, 11. 4., 6. 4., 14. 3. ● Wandsbecker Lederfabrik (A.-G.), Hamburg, 3. 4., 2. 4., 18. 3. ● Weberei Beuckhard A.-G., Colmar, 31. 3., 30. 3., 14. 3. ● Westdeutscher Jünglingsbund A.-G., Barmen-U., 8. 4., —, 20. 3. ● Woll-Wäscherei und Kämmerei Döhren, Hannover, 7. 4., —, 18. 3. ● T. Wulf, A.-G. Werl i. Westf., Berlin, 4. 4., 1. 4., 14. 3. ● Württembergische Hypothekenbank, Stuttgart, 6. 4., 2. 4., 26. 2.

Zechau-Kriebitzscher Kohlenwerke Glückauf A.-G., Berlin, 6. 4., 3. 4., 7. 3.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Goslar in Charlottenburg.

Aus der Geschäftswelt.

Die Mitteilungen in den folgenden Rubriken sind Darlegungen der Interessenten und erscheinen ohne Verantwortlichkeit der Redaktion und des Herausgebers.

Essener Credit-Anstalt im Essen-Ruhr.

Zweigniederlassungen in: Altenessen, Becholt, Bochum, Borbeck, Bottrop, Dorsten I. W., Dortmund, Dulsburg, D.-Ruhrort, Gelsenkirchen, Hammern, Hattingen, Herne, Homberg a. Rh., Iserlohn, Lünen a. d. Lippe, Mülheim-Ruhr, Münster I. W., Oberhausen (Rhld.), Recklinghausen, Wanne, Wesel u. Witton.

Aktien-Kapital und Reserven 116 Mill. Mark.

Telegramm-Adresse: Creditanstalt. [5602]

Fernsprech-Anschluss: Essen Nr. 12, 104, 105, 431, 585, 607, 611, 612, 742 und 844.

Im freien Verkehr ermittelte Kurse vom 24. März 1914, abgeschlossen 6 Uhr abends.

	Ge-sucht	Ange-boten
Kohlen.		
Adler bei Kupferdreh	4100	—
Alte Haase	1375	—
Blankenburg	1675	1850
Brassert	10200	10600
Caroline	2775	—
Carolus Magnus	—	6300
Constantin der Gr.	52000	53200
Diergardt	2575	2625
Dorstfeld	9900	10800
Ewald	41500	44000
Friedrich der Grosse	—	28000
Fröhliche Morgen Sonne	—	11000
Gottesseggen	2625	2700
Graf Bismarck	—	63000
Graf Schwerin	12600	13000
Heinrich	5450	5650
Helene & Amalie	18500	19300
Hermann I/III (3000 Kuxe)	4575	4675
Johann Deimelsberg	6850	7000
König Ludwig	30000	32600
Langenbrahm	16400	17000
Lothringen	28700	29500
Mont Cenis	17000	17600
Oespel	3450	3550
Rudolf	460	510
Schürb. & Charlottbg.	2150	2300
Trappe	2000	2100
Trier (3000 Kuxe)	6675	6800
Unser Fritz	16800	17300
Westfalen (10 000 Kuxe)	1475	1550
Braunkohlen.		
Bellerhammer Brk.	1950	2025
Bruckdorf-Nietleben	1300	—
Germania	975	1050

	Ge-sucht	Ange-boten
Gute Hoffnung	4550	4650
Humboldt	1400	1475
Leonhard	—	7700
Lucherberg	2275	2350
Michel	—	8150
Neurath	1475	1600
Prinzessin Victoria	1800	1950
Schallmauer, Braunk.	4100	4250
Wilhelma	2750	—

Kali-Kuxe und -Anteile.

	Ge-sucht	Ange-boten
Alexandershall	11100	11300
Aller Nordstern	1475	1525
Beienrode	3950	4000
Bergmannsseggen	7100	7300
Braunschweig-Lüneburg	2600	2700
Burbach	11600	12000
Buttlar	600	700
Carlsfund	5575	5650
Carlsglück	1300	1375
Carlshall	2350	2475
Carnallshall	3350	3450
Deutschland, Justenbg.	—	2500
Einigkeit	4575	4625
Fallersleben	1675	1725
Felsenfest	3250	3350
Gebra	—	4500
Glückauf, Sondershausen	19650	19850
Günthershall	5000	5100
Hansa Silberberg	5700	5800
Hedwig	1725	1800
Heiligenmühle	925	1000
Heiligenroda	10850	11100
Heimboldshausen	2650	2700
Heldrungen I	950	1025
Heldrungen II	1200	1275
Herfa	2350	2450
Heringen	5750	5850
Hermann II	1600	1675
Hohenfels	5600	5800
Hohenzollern	7475	7550
Hugo	9300	9450
Hilpstedt	2875	2950
Immenrode	4350	4450
Irmgard	825	875
Johannashall	3750	3875
Kaiseroda	—	7200
Mariagluck	1575	1625

	Ge-sucht	Ange-boten
Marie	3350	3450
Marie-Louise	3350	3450
Max	4200	4300
Meimerhausen	1575	1625
Neurode	2350	2450
Neusollstedt	3375	3425
Neustassfurt	12700	12900
Oberröblingen	—	100
Prinz Eugen	5100	5300
Ransbach	2600	2700
Reichenhall	1725	1975
Rothenberg	2600	2650
Sachsen-Weimar	7300	7500
Salzmünde	5750	5900
Siegfried I	5100	5150
Siegfried-Giesen	3700	3900
Theodor	5100	5300
Thüringen	—	3400
Volkenroda	7050	7200
Walbeck	3800	4200
Walter	1550	1600
Weyhausen	3375	3450
Wilhelmine	1350	1400
Wilhelmshall	9400	9500
Wintershall	20000	20500

Kali-Aktien.

	Ge-sucht	Ange-boten
Adler Kaliwerke	45 ⁰ / ₁₆	47 ⁰ / ₁₆
Bismarckshall	112 ³ / ₁₆	114 ⁰ / ₁₆
Hallesche Kaliwerke	59 ¹ / ₁₆	60 ³ / ₁₆
Hattorf	114 ⁰ / ₁₆	116 ⁰ / ₁₆
Heldburg	39 ⁰ / ₁₆	40 ⁰ / ₁₆
Justus Act.	91 ⁰ / ₁₆	93 ⁰ / ₁₆
Krögershall	119 ⁰ / ₁₆	121 ⁰ / ₁₆
Ronnenberg Act.	94 ⁰ / ₁₆	96 ⁰ / ₁₆
Salzdethfurt	345 ⁰ / ₁₆	353 ⁰ / ₁₆
Steinförde	36 ⁰ / ₁₆	38 ⁰ / ₁₆
Teutonia	62 ⁰ / ₁₆	64 ⁰ / ₁₆

Erzkuxe.

	Ge-sucht	Ange-boten
Apfelbaumer Zug	450	—
Eiserner Union	750	800
Fernie	2650	2750
Flick	60	80
Freier Grunder Bgw.-V.	750	800
Ver. Henriette	1100	1150
Louise Brauneisenst.	1750	1825
Neue Hoffnung	—	—
Wilhelmine	1100	1150

Bergisch Märkische Bank in Elberfeld.

Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1913.

Dem wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahre ist im Berichtsjahre 1913 allmählich der Abstieg gefolgt; mannigfache Anzeichen, dieschon im Vorjahre auf eine Wendung im Wirtschaftsleben hindeuteten, sind inzwischen zu Tatsachen geworden.

Rückblickend sehen wir schon im Vorjahre eine zunehmende der angestrengtesten Betätigung von Handel und Industrie entsprechende Anspannung des Geldmarktes, die in der ungewöhnlichen, andauernden Höhe der offiziellen Bankrate aller Länder ihren Ausdruck fand. Die kriegerischen Verwickelungen auf dem Balkan, deren Beendigung man schon in 1912 erhofft hatte, und die schließlich zu Teilmobilisierungen in Oesterreich und Rußland führten, zogen sich leider tief in das Berichtsjahr hinein und fanden erst im Herbst durch den Frieden von Bukarest ihren offiziellen Abschluß; sie haben nicht nur das Wirtschaftsleben der kriegführenden Länder, sondern auch dasjenige Deutschlands in seinen erheblichen Exportinteressen stark beeinflußt. Nicht minder störend wirkten die Unruhen in China und Mexiko, sowie ein starker Rückschlag der Wirtschaftslage in Argentinien und Brasilien, wo bekanntlich deutsches Kapital in erheblichem Umfange arbeitet.

So drückend auf der einen Seite das ständige Anwachsen der sozialen und steuerlichen Lasten empfunden wird, so erfreulich wirkt andererseits die Tatsache, daß der nationale Wohlstand es dem deutschen Volke ermöglichte, im Berichtsjahre die schwere Last einer einmaligen Wehrsteuer von einer Milliarde Mark auf sich zu nehmen, die der Verstärkung seiner militärischen Rüstung dienen soll. Denselben Bestrebungen folgend ist Frankreich zur Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit übergegangen, ohne daß es die Deckungsfrage bisher hätte lösen können.

Die bereits angekündete außergewöhnliche Anspannung des internationalen Geldmarktes nötigte die deutsche Reichsbank, den hohen Wechseldiskont von 6%, der seit dem 14. November 1912 in Kraft war, bis gegen Ende 1913 beizubehalten; erst gegen Schluß des Jahres (am 27. 10. und 12. 12.) konnte sie mit zweimaliger Ermäßigung um je $\frac{1}{2}$ % vorgehen und damit den ersten Schritt zu der lange erhofften Verbilligung der Kredite tun. Im Durchschnitt des Jahres 1913 stellte sich der Reichsbanksatz auf 5,89% gegen 4,95% in 1912 und 4,40% in 1911, der Privatsatz auf 4,91% gegen 4,22% bzw. 3,53% in den beiden Vorjahren.

Die Rückwirkung des teuren Geldes auf die Börse konnte nicht ausbleiben. Die Kauflust des Publikums war, zum guten Teil auch wegen der politischen Lage, andauernd gering; festverzinsliche Werte waren fortgesetzt vernachlässigt und Staatspapiere und andere bei der Reichsbank beleihbare Fonds konnten sich lange Zeit nicht nur nicht von dem Tiefstand des Vorjahres erholen, erlitten vielmehr weitere Kurseinbußen, bis die gegen Ende des Jahres eingetretene Verbilligung des Geldes, in Verbindung mit einer guten einheimischen Ernte, einen Umschwung hervorrief, der in den ersten Monaten des laufenden Jahres infolge der fortschreitenden Erleichterung des Geldmarktes kräftig gefördert wurde. Die Emissionstätigkeit war angesichts der geschiedenen Umstände äußerst gering, vorhandener Kapitalbedarf wurde allenthalben zurückgestellt, und im neuen Jahre wurden daher seitens der Staaten, Kommunen und der Industrie ungewöhnlich große Ansprüche an den Geldmarkt gestellt, deren Befriedigung sich bisher verhältnismäßig leicht bewirken ließ.

Der Umschwung der gewerblichen Betätigung vollzog sich langsamer als in früheren Perioden; insbesondere die schwere

Industrie verfügte noch einen großen Teil des Jahres hindurch über einen verhältnismäßig großen Auftragbestand, wenn auch zu vielfach stark gewichenen Preisen. Die Verkehrseinnahmen der deutschen Eisenbahnen zeigen sogar eine Steigerung gegenüber dem Vorjahre, so daß man das Berichtsjahr keineswegs schon allgemein als schlecht ansprechen darf. Die gesamten Einnahmen aus Güter- und Personenverkehr übertrafen mit 3265 Mill. Mark diejenigen des Vorjahres um etwa 124 Mill. Mark.

Der deutsche Außenhandel hat in 1913 eine weitere Steigerung erfahren, und zwar wesentlich zugunsten der Ausfuhr. Es betrug:

	die Einfuhr	die Ausfuhr
1913	10 675 Mill. M.	10 080 Mill. M.
1912	10 691 " "	8 956 " "
1913	16 Mill. M. weniger	1 124 Mill. M. mehr.

Die Einfuhr ist also im Vergleich zum Vorjahre fast stabil geblieben, während die Ausfuhr um etwa 13% gestiegen ist. Wenn auch die gesamte Einfuhr des Jahres die Ausfuhr noch übersteigt, so zeigten doch mehrere Monate eine aktive Handelsbilanz.

Die Steinkohlenförderung im Deutschen Reiche überstieg mit 191 Mill. Tonnen diejenige des Vorjahres um 14 Mill. Tonnen. Die Beschäftigung im Steinkohlenbergbau war in der ersten Hälfte 1913 überaus stark, so daß das Rhein-Westf. Kohlen-Syndikat, der regen Nachfrage entsprechend, seinen Mitgliedern die Förderung freigeben konnte, die bis zu 105% der Kontingentierung stieg. Das zweite Halbjahr dagegen führte zu einer nicht unerheblichen Herabsetzung der Förderungsquote (bis auf 85%) entsprechend der stark verminderten Nachfrage, die schließlich auch zu einer, allerdings bescheidenen Ermäßigung der Koks- und Kohlenpreise — mit Wirkung vom Januar bzw. April 1914 an — zwang, wenn nicht das Mißverhältnis zwischen den Preisen des Brennstoffes und der Erzeugnisse der Verbraucher, insbesondere der reinen Werke der Eisenindustrie, allzu schroff werden sollte. — Zu berücksichtigen ist dabei allerdings, daß seit dem Juli das Gesamtkontingent der Syndikatszechen um etwa 10% erhöht wurde, entsprechend der im 1. Halbjahr seitens mancher Zechen erzielten Mehrleistungen über die damaligen Quoten hinaus.

Die Braunkohlenindustrie hatte, bei gleichzeitigem Rückgang der Einfuhr, eine erfreuliche Zunahme an Förderung (von 82 auf 87 Mill. Tonnen) und Verbrauch (von 89 auf 94 Mill. Tonnen) zu verzeichnen.

Die Eisenindustrie hat ein Jahr hinter sich, in dem die Produktionsziffern besser waren als die Preisgestaltung. Während die Beschäftigung durchweg gut war (in einzelnen Produkten, wie z. B. Blechen, stellte sich allerdings zeitweise Arbeitsmangel ein), ließen die Preise immer mehr zu wünschen übrig und für nicht syndizierte Artikel sanken sie auf ein Niveau, das selbst den besteingerichteten, besonders aber natürlich den reinen Werken keinen Nutzen mehr ließ. Recht ungünstig war die Lage des Röhrenmarktes, der, bei guter Beschäftigung der Werke, einmal unter dem Wettbewerb zwischen Schmiederohr und Gußrohr litt, dann aber ganz besonders durch höchst bedauerliche Schleuderpreise für Schmiederohr dauernd niedergehalten wurde. Die eine Zeitlang aussichtsvollen Verhandlungen wegen Bildung eines neuen Schmiederohr-Syndikats scheiterten in letzter Stunde an Fragen, deren verhältnismäßig geringe Bedeutung den durch das Fehlen des Syndikats bedingten enormen Preisausfall gewiß nicht rechtfertigt.

Die Roheisenerzeugung stieg von 17,9 Mill. Tonnen in 1912 auf 19,29 Mill. Tonnen in 1913, also um 1,39 Mill. Tonnen = 7,8%.

Der Umsatz des Stahlwerksverbandes blieb mit 634 Mill. Tonnen A-Produkten (Halbzeug, Formeisen, Eisenbahn-Material) nur um ca. 107 000 Tonnen hinter dem des Vorjahres zurück, ein Minus, das angesichts der rückgängigen Konjunktur und der andauernd schlechten Lage des Baumarktes gering genannt werden darf.

Die **Metall-, Maschinen- und Kleineisenindustrie** war durchweg gut, zum Teil besser als im Vorjahre beschäftigt und konnte meist befriedigende Auftragbestände in das neue Jahr hinübernehmen, das allerdings, besonders in der Maschinenindustrie, entsprechend der weniger günstigen Lage der Abnehmer, einen Rückgang an neuen Aufträgen bei gleichzeitiger Verschlechterung der Preise brachte.

Für die **Kaliindustrie** war das vergangene Jahr überaus schwierig und kritisch. Die angespannte Lage des Geldmarktes traf diese Industrie um so schärfer, als gleichzeitig eine außerordentliche Vermehrung der förderfähigen Schächte erfolgte. War schon infolge des letzteren Umstandes im Publikum eine große Verstimmung und Zurückhaltung gegenüber den Kaliwerten hervorgerufen, so bewirkte die durch die Lage des Geldmarktes bedingte Schwierigkeit, die erforderlichen Mittel zum Ausbau neuer Werke zu beschaffen, zeitweise eine wahre Flucht vor Kaliwerten. — Der Gesamtabsatz hat sich im Jahre 1913 weiterhin erfreulich gehoben und ist um 14 Mill. Mark auf rund 191 Mill. Mark gestiegen. Während am 1. Januar 1913 114 Schächte in Betrieb waren, belief sich ihre Zahl am 31. Dezember auf 167 (gegen 77 am 1. November 1911). Neugründungen von Belang sind im vergangenen Jahre nicht mehr erfolgt. — Die vom Kalisyndikat ins Werk gesetzte Selbsthilfeaktion sowie die in Aussicht stehende Novelle zum Reichskaligesetz werden hoffentlich dazu beitragen, der Industrie endlich die ihr dringend nötige Beruhigung zu bringen.

Die **chemische Großindustrie** hatte wiederum ein ganz befriedigendes Jahr zu verzeichnen, wenn auch auf einzelnen Gebieten, z. B. in der Teerfarbenindustrie, Ausfälle im Absatz, besonders auf den Exportmärkten, nicht ausgeblieben sind.

Ebenso war die **elektrotechnische Industrie** nach wie vor gut und zu lohnenden Preisen beschäftigt.

Das **Baugeschäft** zeigte in 1913 kaum ein erfreulicheres Bild als in den letzten Jahren. Teures Geld und die Schwierigkeit, ja die Unmöglichkeit, erste oder gar zweite Hypotheken zu beschaffen, verhinderten die Wiederaufnahme der Bautätigkeit in nennenswertem Umfange, besonders soweit es sich um den Bau von Mietwohnungen handelte. Inwieweit der Fortfall dieser Hindernisse in Verbindung mit der Milderung der Wertzuwachssteuer (durch Verzicht des Reiches auf den ihm zugehachten Anteil) und der Hebung des Pfandbriefabsatzes hier eine Besserung herbeiführen wird, läßt sich einstweilen nicht übersehen.

Ein wenig befriedigendes Bild bot die Lage der **Zementindustrie**, insbesondere die der rheinisch-westfälischen. Durch fortgesetzte Vergrößerungen der alten Werke und Errichtung einiger neuer Fabriken wurde die Erzeugungsfähigkeit der gesamten Industrie in einer Weise gesteigert, die zu dem tatsächlichen Verbräuche, der bei dem Darniederliegen der Bautätigkeit eher zurückging als zunahm, in erschreckendem Mißverhältnis stand. Wenn unter diesen Umständen der freie Wettbewerb auf dem Zementmarke geradezu eine katastrophale Wirkung hätte ausüben müssen, so zeigte sich andererseits bei den außerordentlich langwierigen Verhandlungen zur Neubildung des rheinisch-westfälischen Zementsyndikats, die auch jetzt noch nicht als vollständig abgeschlossen angesehen werden können, daß die Werke schließlich auch von einer Syndizierung keineswegs sofort eine erhebliche Besserung erwarten zu können glauben, weil — wenigstens in den ersten Jahren — mit einer Quoteneinschränkung bis vielleicht 50% gerechnet werden muß, es sei denn, daß bald eine völlige Neubelebung des Baumarktes und dadurch ein erheblich gesteigerter Zementverbrauch eintritt.

Die Lage der **Textil-Industrie** war durchaus uneinheitlich.

Der wichtigste Rohstoff, die **Baumwolle**, unterlag im Laufe des Jahres mancherlei Schwankungen; die Preise sanken von Anfang des Jahres bis zum August, um von da bis Ende September, Anfang Oktober eine bedeutende Steigerung zu erfahren, dann aber wieder bis zum Schluß des Jahres auf das

Niveau von Anfang Januar zu sinken, das gegen den niedrigsten Stand im August noch immer eine erhebliche Erhöhung bedeutet. Die Lage der Spinnereien war verschieden; während Feinspinnereien durchweg befriedigende Erträge lieferten, war der Markt für grobe Nummern wenig günstig und verschlechterte sich gegen Ende des Jahres mehr und mehr. Noch schärfer lastete die Ungunst der Zeit auf den Webereien baumwollener Stoffe.

Wolle behauptete trotz der in der zweiten Hälfte des Jahres eingetretenen ungünstigen Lage für die Spinner wollener, die Weber halbwollener und ganzwollener Artikel einen hohen Stand. Die Beschäftigung der Webereien ließ viel zu wünschen übrig, die Preise gestalteten sich fast überall unbefriedigend.

Die Lage der **Seidenindustrie** war sehr verschieden je nach den Artikeln: gut für Samt, befriedigend für Kravattenstoff, infolge von Preiskonventionen gebessert für Bänder und Schirmstoffe, schlecht für Kleider- und Hutputzstoffe.

Die eine Spezialität der Wuppertaler Industrie bildende Erzeugung von **Besatzartikeln** lag, besonders soweit Kleiderbesätze und Spitzen in Betracht kamen, nach wie vor äußerst ungünstig.

Die Entwicklung unseres Geschäftes findet in folgendem ihren Ausdruck:

Der Umsatz auf **einer** Seite des Hauptbuches betrug

1913	gegen	1912
M. 12 008 021 893,62		M. 12 622 938 037,82

hat also einen in der verschlechterten Lage auf verschiedenen Wirtschaftsgebieten begründeten Rückgang um 614,9 Mill. Mark erfahren; er verteilt sich auf die verschiedenen Konten wie folgt:

	1913	gegen	1912
	M.		M.
Lebende Konten	6 162 323 673,12		6 556 563 242,48
Kassa-, Coupons- u. Reichsbank-Giro-Konto	2 932 703 310,54		3 028 962 797,70
Markwechsel-Konto	1 768 591 593,48		1 757 639 318,42
Konto der fremden Wechsel	304 456 424,41		325 158 991,86
Effekten und Konsortial-Konto	307 034 386,88		427 329 223,78
Akzept- u. Aval-Konto	208 615 625,47		233 346 378,33
Diverse Konten	324 296 879,72		293 938 085,25
	<u>12 008 021 893,62</u>		<u>12 622 938 037,82</u>

Die Zahl unserer Kunden hat sich trotzdem weiter vergrößert; die lebenden Konten sind von 38 068 Ende 1912 auf 38 697 Ende 1913, also um 629 angewachsen.

Die Zahl der eingelaufenen Wechsel betrug 2 940 573 gegen 2 862 947 in 1912, mithin 77 626 mehr.

Unser Wechselbestand betrug am Jahresschluß 74 Mill. Mark gegen 51,4 Mill. Mark, also mehr 22,6 Mill. Mark, während die Bankguthaben und Barbestände von 33,2 Mill. Mark auf 34,9 Mill. Mark, also um 1,7 Mill. Mark stiegen.

Die Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere betragen 77,4 Mill. Mark gegen 81,6 Mill. Mark; die Debitoren in laufender Rechnung 172,7 Mill. Mark gegen 180,9 Mill. Mark Ende 1912.

In den Einlagen auf provisionsfreier Rechnung sind erhalten 87,4 Mill. Mark (i. V. 93,9 Mill. Mark) Depositen auf Kündigung, darunter 3,5 Mill. Mark mit dreimonatiger und 77,2 Mill. Mark mit sechsmonatiger und längerer Kündigungsfrist.

Wir waren im Jahre 1913 beteiligt an der Ausgabe von:

- 4% Düsseldorf Stadtanleihe,
- 5% Anleihe der Metallwerke Unterweser-Aktiengesellschaft, neuen Aktien der Baroper Walzwerk-Aktiengesellschaft, neuen Aktien der Gebhardt & Co.-Aktiengesellschaft in Vohwinkel, neuen Aktien der Baumwollspinnerei Germania in Epe (Westfalen), neuen Aktien der Johs. Girmes & Co.-Aktiengesellschaft, neuen Aktien der Rheinischen Aktiengesellschaft für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation, neuen Aktien der Rheinisch-Nassauischen Bergwerks- und Hütten-Aktien-Gesellschaft,
- sowie bei der Uebernahme von
- 4% Deutscher Reichsanleihe, Preußischer Staatsanleihe und Preußischer Staatschatzanweisungen,

- 4 0/0 Badischer Staatsanleihe,
- 4 0/0 Bayerischer Staatsanleihe,
- 4 0/0 Hamburgischer Staatsanleihe,
- 5 0/0 Obligationen der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft,
- 4 1/2 0/0 Obligationen der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin,
- 4 1/2 0/0 Obligationen der Großen Berliner Straßenbahn,
- 4 1/2 0/0 Obligationen der Mannesmannröhren-Werke,
- neuen Aktien der Benz & Co. Rheinische Automobil- und Motoren-Fabrik-Aktiengesellschaft,
- neuen Aktien der Dürkoppwerke-Aktiengesellschaft,
- neuen Aktien der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Berlin,
- neuen Aktien der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft,
- neuen Aktien der Orenstein & Koppel—Arthur-Koppel-Aktiengesellschaft,
- neuen Kuxen der Gewerkschaft Glückauf-Sondershausen,
- 5 0/0 Chinesischer Reorganisations-Staatsanleihe,
- 4 1/2 0/0 Oesterreichischer Staatsanleihe für Eisenbahnzwecke,
- 4 1/2 0/0 Rumänischer amortisabler Goldanleihe,
- 4 1/2 0/0 Rumänischer Schatzscheine,
- 4 1/2 0/0 Ungarischer Staatsrenten-Anleihe,
- 4 1/2 0/0 Ungarischer Staatskassenscheine,
- 4 1/2 0/0 Wladikawas-Eisenbahn-Obligationen,
- 5 0/0 äußerer Goldanleihe des Staates Sao-Paulo.

Das Konto unserer eigenen Effekten setzt sich zusammen aus:

1. Deutschen Staats-, Provinzial- und Kommunalpapieren und Pfandbriefen deutscher Hypothekenbanken — darunter über 7 Mill. Mark Anleihen des Deutschen Reiches und deutscher Bundesstaaten — in 47 Gattungen	M. 9 049 974,65
2. Oblig. industrieller Gesellschaften und ausländ. Anlagewerten in 32 Gattungen	" 1 234 690,15
3. Aktien und Diversen in 36 Gattungen	" 2 652 114,43
zusammen	M. 12 936 779,23
gegen 1912	" 12 952 690,88

Unser Konsortial-Konto besteht aus:

1. 11 Beteiligungen an Staatspapieren und Transport-Gesellschaften	" 525 127,63
2. 4 Beteilig. an Grundstücks-Geschäften	" 278 530,66
3. 3 Beteiligungen an Bankgeschäften	" 457 730,30
4. 33 Beteiligungen an Aktien u. Oblig. verschiedener Gesellschaften	" 3 060 807,86
zusammen	M. 4 322 196,45
gegen 1912	" 4 633 170,32

Das Wechsel- und Zinsen-Konto schließt ab mit einem Gewinn von M. 8 108 877,77 gegen M. 7 456 997,75 in 1912.

Die Provisionseinnahmen erhöhten sich trotz verminderter Umsätze auf M. 4 685 554,45 gegen M. 4 617 393,62 in 1912.

Der Gewinn auf Effekten- und Konsortial-Konto betrug nur M. 374 609,70 gegen M. 571 877,38 im Vorjahre. Das Minderergebnis, zu dem wiederum ein erheblicher Kursverlust auf Staatspapiere des Reiches und der Bundesstaaten beigetragen hat (M. 135 000,—, in 1912 M. 250 000,—, in 1911 M. 163 000,—) findet in den an anderer Stelle gemachten Darlegungen über Geldmarkt und Börse seine Erklärung

Elberfeld, den 5. März 1914.

Auf Debitoren schrieben wir M. 740 000,— und auf Immobilien M. 167 146,10 ab.

Die gesamten Unkosten erforderten M. 4 582 452,91 gegen M. 4 345 655,16 in 1912, sind somit, trotz einer Ersparnis an Steuern, um M. 237 000,— gestiegen. Davon entfällt wiederum ein großer Teil auf die regelmäßige Erhöhung der Beamtengehälter, während der Rest sich im wesentlichen aus den Kosten der Angestelltenversicherung (M. 82 000,—) und der Errichtung neuer und der notwendigen Erweiterung und Neuerrichtung alter Geschäftsstellen zusammensetzt.

Der gesamte Bruttogewinn (Zs., Provision und Gewinn auf Effekten- u. Konsortial-Konto) beträgt . M. 13 169 041,92 zuzüglich Vortrag aus 1912 " 350 813,77

M. 13 519 855,69

Davon gehen ab:

Handl.-Unk. u. Steuern	M. 4 582 452,91	
Abschreib. auf Immobilien	167 146,10	
Abschreib. auf Debitoren	740 000,—	
Talons.- Tilgung	98 750,—	
Wehrst.-Beitr. (1. Drittel)	120 000,—	5 708 349,01
		M. 7 811 506,68

Nach Dotier. d. außerord. Reserve mit M. 213 034,65

u. nach Verrech. d. vertragsmäßigen Gewinnanteile für d. Vorstand u. Beamte, von Belohn. für Angest., sowie der statutmäßig. Tant. für d. Verwalt.-R. mit 891 286,99

1 104 321,64

verbleibt ein Reingewinn von M. 6 707 185,04

Von diesem Reingewinn von M. 6 707 185,04

beantr. wir d. Beamten-Pens.-Fonds wie seit Jahren M. 50 000,— zuzuweisen, a. d. Aktionäre 7 1/2 0/0 Divid. zu verteilen mit M. 6 000 000,— 6 050 000,—

u. d. Rest von M. 657 185,04

auf neue Rechnung vorzutragen.

Der ordentliche Reservefonds bleibt bestehen mit M. 20 492 041,94; der außerordentliche Reservefonds stellt sich nach der satzungsmäßigen Zuweisung aus dem Gewinn für 1913 auf M. 4 285 473,77; beide zusammen betragen 30,97% des Aktienkapitals.

Wir errichteten im Berichtsjahre neue Depositenkassen in **Langerfeld** und **Velbert**. Im laufenden Jahre wurde eine weitere Depositenkasse in **Idar** sowie eine Filiale in **Bielefeld** eröffnet.

Auf der Tagesordnung unserer nächsten am 31. März stattfindenden General-Versammlung steht außer den üblichen Gegenständen ein Antrag auf Verschmelzung unseres Instituts mit der Deutschen Bank. Die Einzelheiten zu diesem zwischen den Verwaltungen beider Gesellschaften vereinbarten Anträge werden der General-Versammlung unterbreitet werden.

Der Vorstand der Bergisch Märkischen Bank.

Lipp. Josten. Herrmann. Bürhaus.

Gewinn- und Verlust-Konto pro 1913.

Debet.			Kredit.		
	M.	pf.		M.	pf.
Verwaltungskosten und Steuern	951 146	82	Saldo-Vortrag aus 1912	86 761	50
Zu verteilerender Reingewinn	1 584 623	07	Zinsen	1 530 498	09
			Provis. (einschl. Devis., Agio- u. Sorten-Gewinn)	838 344	25
			Effekten, Konsortial- und dauernde Beteiligungen	80 166	05
	2 535 769	89		2 535 769	89

Bilanz am 31. Dezember 1913.

Aktiva.			Passiva.		
	M.	pf.		M.	pf.
Kasse, fremde Geldsorten und Coupons	1 954 554	20	Aktienkapital	17 000 000	—
Guthab. b. Noten- u. Abrechn.- (Clearing-) Banken	875 946	35	Reserven	1 700 000	—
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen:			Talonsteuer-Reserve	45 000	—
a) Wechsel (mit Ausschl. von b, c und d) und unverzinsl. Schatzanweis. des Reichs und der Bundesstaaten . . . M. 12 432 070,99			Kreditoren:		
b) eigene Akzepte			a) Nostroverpflichtungen . . . M. 72011,65		
c) eigene Ziehungen*) 161 105,—			b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite		
d) Solawechsel der Kunden an die Order der Bank	12 593 175	99	c) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen 1196908,46		
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen	1 972 952	61	d) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung:		
Reports u. Lombards geg. börsengäng. Wertpap.	9 569 744	46	1. innerhalb 7 Tag. fällig M. 13654976,93		
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen davon am Bilanztage gedeckt:	7 827 212	30	2. darüberhin- aus bis zu 3 Monaten fällig 747052,16		
a) durch Waren, Fracht- oder Lagerscheine M. 2 588 161,30			3. nach 3 Monaten fällig 6188101,51	20590130,60	
b) durch andere Sicherheiten 1 000 000,—			e) sonstige Kreditoren:		
Eigene Wertpapiere:			1. innerhalb 7 Tag. fällig M. 13546751,85		
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisung, d. Reichs und der Bundesstaaten 1 399 708,80			2. darüberhin- aus bis zu 3 Monaten fällig 324691,45		
b) sonstige bei der Reichsb. u. anderen Zentralnotenbank. beleihbare Wertpapiere 754 996,90			3. nach 3 Monaten fällig 114456,40	13985899,70	35 844 950 41
c) sonstige börseng. Wertpap. 612 619,75			Akzepte und Schecks:		
d) sonstige Wertpapiere 193 693,—	2 961 018	45	a) Akzepte 12 085 898 83		
Konsortialbeteiligungen	1 259 051	10	b) noch nicht eingelöste Schecks 5 339 65		
Dauernde Beteilig. b. and. Banken u. Bankfirmen	1 661 500	—	Noch nicht abgehobene Dividende früherer Jahre	1 188	—
Debitoren in laufender Rechnung:			Reingewinn 1 584 623 07		
a) gedeckte M. 15 168 697,43					
b) ungedeckte 10 593 617,32	25 762 314	75			
Bankgebäude	1 320 115	86			
Sonstige Immobilien	316 077	—			
Mobilien	193 336	89			
Summe der Aktiva:	68 266 999	96	Summe der Passiva:	68 266 999	96
Außerdem:			Ausserdem:		
Aval- und Bürgschaftsdebitoren M. 9 240 892,83.			Aval- und Bürgschaftsverpflichtungen M. 9 240 892,83		
			Eigene Ziehungen 161 105,—		
			davon für Rechnung Dritter		
			Weitergegebene Solawechsel der Kunden an die Order der Bank		

*) werden nicht begeben, sondern verbleiben im Portefeuille der Bank.

Magdeburg, den 21. März 1914.

Magdeburger Bank-Verein.
Weissel. Bombe.

[5715]

Auf Grund der ordnungsmässig geführten, von mir eingehend geprüften Bücher des Magdeburger Bank-Vereins bestätige ich hiermit die Richtigkeit vorstehender Bilanz nebst der Gewinn- und Verlust-Rechnung.

Dr. Gustav Müller, öffentlich angestellter und von der Handelskammer zu Magdeburg beeidigter Bücherrevisor.

Preussische Lebens-Versicherungs-Actien-Gesellschaft

Bilanz für den Schluss des Geschäftsjahres 1913.

A. Aktiva.			B. Passiva.		
	M.	pf.		M.	pf.
Wechsel der Aktionäre	2 400 000	—	Aktien-Kapital	3 000 000	—
Grundbesitz	2 987 416	59	Reservefonds	300 000	—
Hypotheken	53 201 813	17	Prämienreserven	70 892 171	—
Wertpapiere	5 244 971	55	Prämienüberträge	44 622	—
Darlehen auf Policen	9 165 906	52	Schadenreserven	439 437	96
Guthaben	6 342 275	34	Gewinnreserve der Versicherten	1 885 077	23
Gestundete Prämien	2 021 459	—	Sonstige Reserven	7 583 317	54
Rückständige Zinsen und Mieten	589 852	12	Guthaben anderer Versicherungsunternehmungen	2 194 299	23
Ausstände bei Agenten	559 224	78	Barkautionen	20 514	20
Barer Kassenbestand	47 608	34	Sonstige Passiva	399 821	15
Inventar, Drucksachen und Mobilien	8 000	—	Gewinn	1 473 255	72
Kautionsdarlehen an versich. Beamte	11 176	55			
Sonstige Aktiva	5 652 812	07			
Gesamtbetrag	88 232 516	03	Gesamtbetrag	88 232 516	03

Berlin, den 21. März 1914.

(5714)

Die Direktion.